

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

08
25

Séance du conseil communal
du 23.10.2025

DE

Gemeinderatssitzung
vom 23. Oktober 2025

P04

FR

Séance du conseil communal
du 23 octobre 2025

P17

EN

Municipal Council meeting
of 23 October 2025

P29



1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

+352 31 02 62 - 1

reception@strassen.lu

www.strassen.lu

Commune de Strassen

Strassen_Stroossen

CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Letzebuerg



LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Nico
Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP



AREND Anne
Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi Gréng



BRAUN Laurent
Conseiller - CSV



GIERENZ Tun
Conseiller - CSV



BUTLER Andrew
Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude
Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi Gréng



FISCHER Marc
Conseiller - DP



DIESCHBURG-NICKELS Martine
Conseillère - DP



THEIN Daniel
Conseiller - DP



KANDEL Nicolas
Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 23. Oktober 2025

TAGESORDNUNG

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.09.2025.
2. Genehmigung des Forstbewirtschaftungsplans für das Jahr 2026.
3. Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Erneuerung der Infrastruktur in der Rue Bel-Air.
4. Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Infrastrukturarbeiten in der Chaussée Blanche (nördlicher Teil).
5. Genehmigung der Einnahmen für das Jahr 2024.
6. Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses für einen lokalen Verein.
7. Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsreglements.
8. Festsetzung der Grundsteuer- und Gewerbesteuersätze für das Jahr 2026.
9. Genehmigung einer „FLEX“-Vereinbarung mit der Aktiengesellschaft CFL MOBILITY.
10. Bestätigung einer Genehmigung zur Untervermietung an das Syndikat LES THERMES.
11. Ernennungen und Rücktritte in den lokalen beratenden Kommissionen.
12. Formulierung einer Stellungnahme im Rahmen der Entwürfe für Aktionspläne zur Lärmbekämpfung.
13. Punktuelle Änderung des Reglements über Mietkautionen.
14. Urbanismus:
 - a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts
 - b) Entscheidung zur Aufhebung eines Beschlusses, der in der Sitzung vom 25.09.2025 gefasst wurde
 - c) Genehmigung der Vereinbarung und des Ausführungsplans für den PAP „Arlon – Kiem“
 - d) Genehmigung des Teilbebauungsplans PAP „38, Route d'Arlon“
15. Verschiedenes.

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Jean Claude Roob (LSAP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Daniel Thein (DP), Mitglied des Gemeinderates.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet die Sitzung des Gemeinderats und begrüßt alle anwesenden. Er teilt mit, dass Gemeinderat Daniel Thein (DP) entschuldigt ist und seiner Kollegin Martine Dieschburg-Nickels (DP) sein Stimmrecht übertragen hat.

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25.09.2025.

Der erste Tagesordnungspunkt betrifft die Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 25. September 2025.

Gemeinderätin Lise Jørgensen (DP) meldet sich kurz zu Wort, um eine Anmerkung dazu zu machen.

Das Protokoll wird anschließend einstimmig angenommen.

2. Genehmigung des Forstbewirtschaftungsplans für das Jahr 2026.

Der zweite Punkt der Sitzung ist der Genehmigung des Forstbewirtschaftungsplans für das Jahr 2026 gewidmet. Wie jedes Jahr legt dieses wichtige Dokument die Leitlinien für die Bewirtschaftung der Gemeindewälder fest, sowohl, was den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts als auch die nachhaltige Bewirtschaftung und pädagogische Aspekte betrifft.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) gibt eine kurze Einführung in das Thema und betont dabei die wichtige Rolle des Waldes für die Identität von Strassen und die Ausgewogenheit seines Gemeindegebiets. Dann erteilt er Herrn Serge Bisenius, dem Verantwortlichen für die Bewirtschaftung der Gemeindewälder, das Wort.

Dieser stellt die verschiedenen Aspekte des Plans 2026 im Detail vor. Zunächst wiederholt er die Prioritäten der Gemeinde: eine nachhaltige Bewirtschaftung aufrechterhalten, invasive Arten bekämpfen (insbesondere den Riesen-Bärenklau, den Japanischen Staudenknöterich und die Robinie), die Sicherheit in viel besuchten Zonen gewährleisten, die Wege instandhalten und die Artenvielfalt durch gezielte Maßnahmen fördern.

Er hebt die zentrale Rolle der extensiven Schafbeweidung im «Gaaschtgrund» hervor. In Zusammenarbeit mit dem Sicona ermöglicht diese eine naturverträgliche Bewirtschaftung der Magerwiesen. Um die nötige Sicherheit für dieses Projekt zu gewährleisten, ist ein fester Zaun vorgesehen, da die Schafe in den letzten Jahren gelegentlich ausgebrochen sind.

Er geht auch auf die fortgesetzten Bemühungen zur Beseitigung von wilden Müllablagerungen ein. Diese sind zwar seltener geworden, sind aber nach wie vor problematisch, wenn sie vorkommen. Besonderer Wert wird auf die ökologische Bewirtschaftung der Waldwege gelegt. Diese werden zuweilen mit Hilfe von Pferden instandgehalten werden, um so den Anforderungen des Naturpakts gerecht zu werden.

Der Bewirtschaftungsplan sieht auch die Pflege der Waldränder vor. Diese sind von entscheidender Bedeutung für die Artenvielfalt, den Erhalt von Biotopen mit Baumbestand, die Schaffung von Altholzinseln und die Sicherung gefährlicher Bäume entlang öffentlicher oder stark genutzter Wege.

Die Holzernte erfolgt nach nachhaltigen Gesichtspunkten, wobei besonders darauf geachtet wird, die natürliche Verjüngungsrate nicht zu überschreiten, die aufgrund des zunehmenden Wasserstresses nach unten korrigiert wurde. Das geerntete Holz wird vorrangig für den lokalen Bedarf verwendet: Heizung, kommunale Einrichtungen oder pädagogische Projekte.

Ein weiteres wichtiges Thema ist der besorgniserregende Gesundheitszustand der luxemburgischen Wälder, die vom Klimawandel stark betroffen sind. Herr Bisenius betont, dass nach den neuesten Zahlen mehr als 65 % der Bäume landesweit als stark geschädigt oder als vom Absterben bedroht gelten.

In Strassen ist die Lage besser, dennoch ist eine ständige Überwachung weiterhin notwendig, insbesondere für Buchen, die besonders unter Wasserstress leiden, und für Fichten, die anfällig sind für Borkenkäferbefall.

Der Plan sieht daher die Anpflanzung von Baumarten vor, die vielfältiger und widerstandsfähiger gegenüber dem Klimawandel sind, darunter Buchen aus südlichen Regionen (die in Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen getestet wurden), aber auch andere Laubbaumarten, die an die neuen klimatischen Bedingungen angepasst sind.

Was die Einnahmen und Ausgaben betrifft, so sieht der Plan Einnahmen in Höhe von etwa 85.000 € vor, die hauptsächlich aus dem Holzverkauf stammen, sowie Ausgaben in Höhe von schätzungsweise 317.000 €, welche die Kosten für die Instandhaltung, Personal, Material, Schulungen und pädagogische Projekte umfassen. Herr Bisenius betont, wie wichtig die Instandhaltung des Fuhrparks ist, da einige Fahrzeuge fast 30 Jahre alt sind und dringend ersetzt werden müssen.

Er geht auch auf die Pflege des Waldfriedhofs ein, die Anfertigung von Möbeln aus lokalem Holz (Bänke, Schilder, Fahrradständer) sowie die pädagogischen Aktivitäten, die mit den Kindern aus der Schule und der Maison Relais organisiert werden, die regelmäßig Ausflüge in den Wald machen.

Anschließend erhalten die Mitglieder des Gemeinderats das Wort, die einstimmig die Qualität der Arbeit von Herrn Bisenius und seinem Team loben.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) gratuliert dem Forstdienst für seine gute Arbeit und betont, wie wichtig es ist, diese lokalen Errungenschaften zu würdigen. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde bereits über zahlreiche Holzobjekte verfügt, die über das ganze Dorf verteilt zu sehen sind – Bänke,

Fahrradständer, Lehrmittel – und dass es sinnvoll wäre, diese systematisch in alle neuen Projekte zu integrieren, insbesondere in die geplanten Schulen, den neuen Fußballplatz oder das künftige Jugendhaus. Er spricht sich dafür aus, dass der Forstdienst stärker in die Gestaltung dieser Infrastrukturen eingebunden wird, um die Sichtbarkeit des lokalen Holzes weiter zu erhöhen.

Er macht auch auf die Zugänglichkeit bestimmter Einrichtungen aufmerksam, wie beispielsweise die Fahrradständer am Chalet Fräiheetsbam. Bei Veranstaltungen von Vereinen oder politischen Parteien ist der Zugang hier häufig durch Zelte, Stände, Grillstände usw. versperrt. Er regt an, die Nutzung des Raums besser zu koordinieren oder die Platzierung bestimmter Vorrichtungen zu überdenken, um das ganze Jahr über eine ungehinderte Nutzung zu gewährleisten.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) schließt sich dieser Feststellung an. Sie berichtet, dass sie vor kurzem anlässlich einer Musikveranstaltung feststellen musste, dass der Zugang zu den Fahrradständern blockiert war. Sie schlägt vor, neue Stellplätze zu schaffen, insbesondere in der Nähe des Parkplatzes, um zu vermeiden, dass sich Autos und Fahrräder gegenseitig im Weg stehen.

Der Förster Serge Bisenius erwidert, dass er diese Bedenken teilt. Er bestätigt, dass im Rahmen der laufenden Renovierung des Chalet Überlegungen zu einer generellen Neugestaltung des Raums angestellt werden. Er bedauert, dass einige Elemente ohne Absprache aufgestellt wurden, und räumt ein, dass zusätzliche Abstellvorrichtungen aufgestellt werden könnten. Er bleibt jedoch realistisch dahingehend, was die Möglichkeiten der Gemeinde angeht, dies zu kontrollieren und verweist beispielsweise auf Autofahrer, die, ohne zu zögern Steine beiseite räumen, um illegal vor den Vorrichtungen zu parken.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) äußert sich ebenfalls zur Präsentation des Forstdienstes, die er als sehr aufschlussreich bezeichnet. Er zeigt sich erschüttert über die besorgniserregende Zahl an erkrankten Bäumen – laut einigen Statistiken sind es mehr als 80 % – und fragt, ob für diese bereits befallenen Exemplare noch Hoffnung auf Regeneration besteht oder ob man davon

ausgehen muss, dass sie in großem Umfang ersetzt werden müssen.

Herr Bisenius antwortet mit einem geschichtlichen Rückblick: Nach einer massiven Abholzung vor zwei Jahrhunderten wurden die luxemburgischen Wälder größtenteils einheitlich neu bepflanzt, insbesondere um die Hochöfen mit Holz zu versorgen. Infolgedessen sind die heutigen Bäume zu alt, um dem Klimawandel standzuhalten.

Ihr Wurzelsystem ist für Dürreperioden ungeeignet und deshalb können sie nicht überleben. Er betont die Notwendigkeit einer aktiven Verjüngung der Bestände mit jüngeren, dynamischeren und besser an das Klima angepassten Bäumen, insbesondere durch natürliche Regeneration. Er kündigt an, dass er nächstes Jahr in seine Präsentation einen Überblick über die Altersklassen geben wird, um so die allgemeine Überalterung des Waldbestands bildlich zu veranschaulichen.

Nach diesen Diskussionen betont Bürgermeister Nico Pundel (CSV) einmal mehr, wie wichtig dieses Thema ist: Ein Drittel der Fläche von Strassen sind Gemeindewälder. Er ist der Ansicht, dass, angesichts der ökologischen und pädagogischen Bedeutung des Waldes und auch in Bezug auf das Naturerbe, das vorgesehene Budget weiterhin eher bescheiden ist.

Der Forstbewirtschaftungsplan für das Jahr 2026 wird einstimmig angenommen.

3. Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Erneuerung der Infrastruktur in der Rue Bel-Air.

Der Gemeinderat befasst sich mit einem Sanierungsvorhaben für die Rue Bel-Air, eine kleine Wohnstraße in der Nähe der Chaussée Blanche. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass die heutige Konfiguration der Kanalisation aus einer Zeit stammt, in der die gewählte Trassenführung nicht besonders sinnvoll war. Das Kanalisationsnetz folgt keiner linearen Logik, sondern teilt sich auf, bevor es dann über Felder hinweg zur Route d'Arlon hin wieder zusammengeführt wird.

Diese komplexe Anordnung in Verbindung mit laufenden Immobilienprojekten auf den entsprechenden Grund-

stücken erfordert nun eine Neugestaltung des Netzes. Bei dem Vorhaben geht es darum, das Abwassernetz in Richtung Chaussée Blanche umzuleiten, was auch mit sich bringt, dass die Rue Bel-Air komplett umgebaut werden muss, mit einer Trennung von Abwasser und Regenwasser, einer Erneuerung der Trinkwasserleitung und allen damit verbundenen Straßenbauarbeiten.

Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf 1.275.000 Euro.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) fragt, ob angesichts der Tatsache, dass die Sanierungsmaßnahmen teilweise durch private Bauvorhaben auf benachbarten Grundstücken erforderlich geworden sind, die betroffenen Bauträger nicht einen Teil der Kosten übernehmen sollten.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) räumt ein, dass diese Überlegung durchaus logisch erscheint, dass die Gemeinde jedoch in der Praxis lieber keinen Präzedenzfall schaffen möchte, insbesondere um sich die Möglichkeit offen zu halten, Grunddienstbarkeiten auf privaten Grundstücken aushandeln zu können. Er verweist darauf, dass die Gemeinde in anderen, ähnlich gelagerten Fällen, vergleichbare Kosten übernommen hat.

Darüber hinaus stand für die Rue Bel-Air aufgrund ihres Gesamtzustands ohnehin eine Sanierung an. Bei diesem Projekt lässt sich also das Nützliche mit dem Dringlichen verbinden.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) macht anschließend eine eher allgemeine Anmerkung, die sowohl das vorliegende Projekt als auch den nächsten Punkt betrifft: Sie äußert ein gewisses Unbehagen darüber, dass über so hohe Beträge abgestimmt werden muss, ohne dass immer ein klarer Einblick in die technischen Details – Größe der Anlagen, verwendete Materialien usw. – gegeben ist. Sie fragt sich, inwieweit die Kostenvoranschläge tatsächlich überprüft werden, insbesondere was deren Richtigkeit und Angemessenheit im Hinblick auf den tatsächlichen Bedarf angeht.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwidert, dass diese Projekte niemals blindlings genehmigt werden. Sie werden von den Planungsbüros und dem technischen

Dienst der Gemeinde zusammen ausgearbeitet. Die Kostenvoranschläge werden auf der Grundlage aktueller Preise erstellt, die je nach geografischer Lage (städtisch oder ländlich) und Art der Arbeiten (Laufmeter, Volumen usw.) angepasst werden. Er betont, dass die Gemeinde darauf achtet, die Beträge weder zu hoch noch zu niedrig anzusetzen, um kostspielige Nachträge oder spätere Budgeterhöhungen zu vermeiden.

Er geht auch auf die technologischen Entwicklungen bei der Überwachung von Baustellen ein, insbesondere den Einsatz von Drohnen und Präzisionsmessgeräten, mit denen die ausgeführten Mengen exakt überprüft werden können. Er schließt mit dem Hinweis, dass der Markt weiterhin Schwankungen unterliegt und dass einige Unternehmen inzwischen Preise anbieten, die unter den ursprünglichen Veranschlagungen liegen, wie kürzlich bei anderen Vorhaben zu beobachten war.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig den Kostenvoranschlag für die vollständige Neugestaltung der Rue Bel-Air.

4. Genehmigung des Kostenvoranschlags für die Infrastrukturarbeiten in der Chaussée Blanche (nördlicher Teil).

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet den Punkt ein und weist darauf hin, dass dieses Vorhaben diesmal nicht eine Nebenstraße betrifft, sondern eine wichtige Verkehrsachse der Gemeinde, nämlich den nördlichen Teil der Chaussée Blanche zwischen dem letzten Haus auf der rechten Seite in Fahrtrichtung bergauf und dem sogenannten Kandelshaff.

Er erklärt, dass dieser Straßenabschnitt zwar im Allgemeinen Bebauungsplan (PAG) als bebaubar ausgewiesen ist, jedoch noch nicht mit den erforderlichen Versorgungsnetzen ausgestattet ist. Da jedoch Bauvorhaben in Planung sind, muss die Gemeinde alle notwendigen Infrastrukturen vorsehen: getrennte Abwasser- und Regenwasserkanäle, Trinkwasserleitungen, aber auch Leitungsrinnen für die Versorger Creos und Eltrona.

Allerdings räumt er ein, dass diese Arbeiten Folgen für den Verkehrsfluss haben werden, da dieser Teil der Chaussée Blanche eine der verkehrsreichsten Achsen

in Strassen ist. Derzeit werden zwei mögliche Szenarien für die Verkehrsregelung während der Bauarbeiten in Betracht gezogen: entweder ein Wechselampelsystem, damit eine Fahrspur für den Verkehr frei bleibt, oder eine Einbahnregelung, bei der die Chaussée Blanche und die Rue du Bois kombiniert werden. Eine endgültige Entscheidung sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen worden.

Anschließend meldet sich die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) zu Wort, um eine Frage zur Straßenbeschilderung zu stellen. Sie erkundigt sich, ob nach Fertigstellung der Häuser in diesem Straßenabschnitt auch das Ortsschild von Strassen versetzt wird, um diese neuen Wohnhäuser in die Tempo-50-Zone einzubeziehen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bestätigt, dass aus rechtlicher Sicht die Ortseingangsschilder dort aufgestellt werden müssen, wo die bebaute Zone tatsächlich beginnt. Sobald die Bauarbeiten erfolgen, wird die 50-km/h-Zone vom Kreisverkehr oben am Hügel bis zum aktuell bebauten Gebiet erweitert, was zu mehr Sicherheit auf diesem Abschnitt beiträgt.

Er weist außerdem darauf hin, dass im Rahmen der Straßenbauarbeiten bereits mehrere Bodenschwellen vorgesehen sind, um die Autofahrer dazu zu zwingen, ihre Geschwindigkeit anzupassen.

Die Infrastrukturarbeiten im nördlichen Teil der Chaussée Blanche werden vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

5. Genehmigung der Einnahmen für das Jahr 2024.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) geht kurz auf diesen Haushaltspunkt ein, bevor er das Wort an Schöffin Anne Arend (CSV) weitergibt, die daran erinnert, dass es sich um eine Jahr für Jahr anfallende Aufgabe handelt: Der Gemeinderat ist aufgerufen, die Einnahmen zu genehmigen, d. h. die Beträge, die die Gemeinde im Jahr 2024 tatsächlich eingenommen hat, sowohl im ordentlichen als auch im außerordentlichen Haushalt.

Sie stellt klar, dass es hier nicht darum geht, über zukünftige oder theoretische Beträge zu diskutieren: Die angegebenen Einnahmen entsprechen genau

den tatsächlich eingenommenen Beträgen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind daher keinerlei Änderungen möglich. Im Jahr 2024 hat die Gemeinde somit 63.584.049 € im ordentlichen Haushalt und 49.359 € im außerordentlichen Haushalt eingenommen, was einer Gesamtsumme von 63.633.409 € entspricht.

Wie erwartet bleiben die wichtigsten Einnahmequellen die staatlichen Zuweisungen (rund 43 Millionen) sowie die Gewerbesteuer (8,5 Millionen). Sie erwähnt auch 1,5 Millionen Euro an Zinserträgen, ein Betrag, der höher ausfällt als in den Vorjahren, was sowohl auf den Anstieg der Zinssätze als auch auf eine aktivere Verwaltung der Barmittel der Gemeinde über von den Banken angebotene Konten mit einer Kündigungsfrist von 30 Tagen zurückzuführen ist. Dann beläuft sich die Verrechnung bestimmter betriebsbedingter Wartungskosten an die Maison Relais ebenfalls auf 1,5 Millionen Euro.

Es gibt noch eine weitere, eher anekdotische Erklärung: Obwohl der neue Pächter der gemeindeeigenen Brasserie, Vito's, bereits seit November 2023 den Betrieb aufgenommen hat, wurde seine erste Miete erst im Januar 2024 eingenommen und wird daher erst in den Einnahmen für 2025 erscheinen.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) bedankt sich für die Erläuterungen und kommt auf mehrere Punkte zu sprechen. Zunächst äußert sie ihre Verwunderung darüber, dass einige vorgesehene Subventionen nicht aufgeführt sind, insbesondere jene für den Erwerb von Waldflächen und die Renaturierung des Parkplatzes, die anscheinend nicht eingegangen sind.

Schöffin Anne Arend (CSV) bestätigt, dass das Verfahren zu diesen Dossiers noch im Gange ist. Das Gleiche gilt für die im Rahmen des Teilbebauungsplans PAP Rackebierg vorgesehene Subvention in Höhe von 4,1 Millionen Euro für den Bau von Sozialwohnungen, die ebenfalls nicht in den Einnahmen für 2024 aufgeführt ist.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist anschließend auf die Erhöhung des Betrags hin, der bei den umliegenden Gemeinden als Beitrag für die Beschulung ihrer Kinder in Strassen erhoben wird, und erkundigt sich nach der Höhe dieses Beitrags.

Gemeindesekretär Christian Muller antwortet, dass dieser Betrag auf nationaler Ebene festgelegt wird und das alte System ersetzt, wobei für jedes Kind 600 Euro an die Gemeinde abgeführt werden mussten.

Schöffin Anne Arend (CSV) ergänzt, dass die Gemeinde sehr strenge Kriterien anwendet, wenn es um die Aufnahme von Kindern geht, deren Wohnsitz nicht in Strassen liegt: Ein Elternteil muss dort wohnen oder das Kind darf einen bereits begonnenen Schulzyklus beenden. In einigen wenigen Fällen sind Ausnahmen möglich, wenn dies im Interesse des Kindes liegt.

Sie betont jedoch, dass es nicht in Frage kommt, die Türen in großem Umfang für Kinder von außerhalb zu öffnen, da dies zu Lasten des reibungslosen Schulbetriebs ginge.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig die Einnahmen für das Haushaltsjahr 2024.

6. Bewilligung eines außerordentlichen Zuschusses für einen lokalen Verein.

Der Gemeinderat prüft den Antrag auf einen außerordentlichen Zuschuss, der vom Verein StauDivers, einem lokalen Tauchclub, gestellt wurde. Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass der Verein ein Gerät namens „Booster Nitrox“ angeschafft hat, ein relativ teures Gerät, das die Atemsicherheit beim Tauchen mit Hilfe eines mit Sauerstoff angereicherten Gasgemisches verbessert.

Der Verein hat einen Zahlungsbeleg vom Juli über einen Betrag von 4.094,20 Euro vorgelegt. Obwohl diese Anschaffung vor der formellen Einreichung des Antrags getätigt wurde, hat die Schöffin Anne Arend (CSV) es vorgezogen, den Antrag nicht nachträglich abzulehnen, da sie der Meinung war, dass es in diesem speziellen Fall wenig sinnvoll wäre, sich an Detailfragen festzubeißen.

Sie hat den Verein jedoch darauf hingewiesen, dass er gemäß dem kommunalen Reglement für die Gewährung von Zuschüssen drei vergleichbare Kostenvoranschläge vorlegen muss. Im vorliegenden Fall bezogen sich die nachträglich eingereichten Kostenvoranschläge nicht auf dasselbe Gerätemodell, doch ihr Vergleich zeigt

dennoch, dass der Verein das preisgünstigste Modell ausgewählt hatte.

Ausgehend davon und unter Anwendung des im Reglement vorgesehenen üblichen Erstattungssatzes von einem Drittel schlägt das Schöffenkolegium vor, den StauDivers einen Betrag von 1.364,73 Euro zu bewilligen.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP), selbst Taucher, stellt eine technische Frage zur Verwendung von Nitrox. Er weist darauf hin, dass für diese Art von Gemisch eine spezielle Zertifizierung erforderlich ist, die über den klassischen Tauchschein hinausgeht, und fragt, wie viele Mitglieder des Clubs derzeit über diese Qualifikation verfügen. Schöffin Anne Arend (CSV) räumt ein, dass ihr diese Information nicht vorliegt, und schlägt vor, die Frage nach der Sitzung an den Präsidenten des Clubs zu richten.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) ergreift anschließend das Wort, um auf einen grundsätzlichen Punkt einzugehen. Seiner Meinung nach ist es wichtig, dass die Regeln klar sind, allgemein bekannt sind und für alle gleichermaßen gelten. Er warnt vor willkürlichen Entscheidungen, bei denen bestimmte Anträge trotz unvollständiger Unterlagen angenommen, andere hingegen abgelehnt werden.

Er fordert eine intensivere Kommunikation mit den Vereinen, damit diese über die Kriterien und erforderlichen Unterlagen informiert sind. Er nutzt die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, dass es sinnvoll wäre, grundlegende Überlegungen zu den Fördermechanismen für lokale Vereine im Rahmen des Finanzausschusses anzustellen, der seiner Meinung nach immer noch nicht sehr aktiv ist.

Schöffin Anne Arend (CSV) erwidert, dass die Gemeinde bereits umfangreiche strukturelle Unterstützung für lokale Vereine leistet, insbesondere für jene, die kommunale Sportanlagen nutzen und für die ein Großteil der Ausrüstung von der Gemeinde selbst zur Verfügung gestellt wird (Turnmatten, diverses Equipment). Sie räumt jedoch ein, dass es sinnvoll ist, regelmäßig an diese Regeln zu erinnern, und betont, dass sie in ständigem Kontakt mit den Vereinen steht, um deren Fragen zu beantworten und sie bei ihren Vorhaben zu unterstützen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bestätigt abschließend, dass die vorgelegten Kostenvoranschläge deutlich zeigen, dass die gewählte Option die kostengünstigste war, was die vorgeschlagene Entscheidung untermauert.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Gewährung des Zuschusses an den Verein StauDivers.

7. Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsreglements.

Der Gemeinderat wird gebeten, sich zu einer Reihe von zeitlich befristeten Verkehrsreglements zu äußern, die in den letzten Wochen aufgrund punktueller Erfordernisse erlassen wurden: Baustellen, Veranstaltungen oder lokale Sicherheitsmaßnahmen. Diese Beschlüsse, die bereits vom Bürgermeister- und Schöffenkollegium gefasst wurden, bedürfen einer offiziellen Bestätigung durch den Gemeinderat.

Der Gemeinderat stimmt den Reglements einstimmig zu.

8. Festsetzung der Grundsteuer- und Gewerbesteuer-sätze für das Jahr 2026.

Schöffin Anne Arend (CSV) gibt eine kurze Einführung zu diesem Punkt und erklärt, dass für das Jahr 2026 keinerlei Änderungen der Sätze vorgesehen sind. Der Gemeinderat schlägt daher vor, die aktuellen Sätze für die Grundsteuer und die Gewerbesteuer beizubehalten.

Hinsichtlich der Grundsteuer weist sie darauf hin, dass die Gemeinden nach wie vor stark von den nationalen Vorgaben abhängig sind und dass es angesichts der Tatsache, dass bislang keine neuen Richtlinien oder Reformen angekündigt wurden, sinnlos wäre, Anpassungen vorzunehmen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) ergänzt diese Ausführungen und verweist darauf, dass die Einnahmen aus diesen Steuern dem Gemeinderat bekannt sind, da sie in den zuvor in der Sitzung besprochenen Einnahmetiteln eindeutig aufgeführt sind. Diese Einnahmen sind stabil und vorhersehbar und rechtfertigen derzeit keine Änderung der Sätze.

Der Gemeinderat nimmt den Vorschlag, die geltenden Steuersätze für 2026 beizubehalten, einstimmig an.

9. Genehmigung einer „FLEX“-Vereinbarung mit der Aktiengesellschaft CFL Mobility.

Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) leitet diesen Punkt ein und erklärt, dass der Gemeinderat um die Genehmigung von zwei Verträgen über die Bereitstellung von Fahrzeugen im Rahmen des von CFL Mobility angebotenen FLEX-Dienstes gebeten wird.

Das erste Dokument, das zur Genehmigung vorgelegt wird, ist ein Nachtrag zum ursprünglichen Rahmenvertrag, der 2021 unterzeichnet wurde. Damals wurden zwei Elektrofahrzeuge (ein BMW und ein Mini) vor dem Rathaus zu einem Preis von 845 € pro Fahrzeug zur Verfügung gestellt.

Im Jahr 2023 wurde die Flotte um drei weitere Fahrzeuge (eines in der Rue du Kiem, zwei in der Cité Pescher) sowie einen in der Nähe der Gemeinde geparkten Kleintransporter ergänzt. Die Preise wurden daraufhin vorübergehend auf 700 € für die Autos und 1.100 € für den Kleintransporter gesenkt.

Mittlerweile steigen die Preise wieder um etwa 11,5 %, außer für den Kleintransporter, bei dem die Kosten leicht ansteigen um 20 €. Im Gegenzug erhält die Gemeinde auch eine Teilrückerstattung, die sich nicht nach den zurückgelegten Kilometern, sondern nach der Anzahl der Personen richtet, die die Fahrzeuge nutzen. Für das erste Halbjahr erhielt die Gemeinde somit fast 12.000 €.

Die Nutzungszahlen sind vielversprechend: 325 Reservierungen wurden für die vor dem Rathaus geparkten Fahrzeuge registriert, 80 für jene in der Rue du Kiem und 268 für jene in der Rue Mathias Sauer.

Außerdem wird ein neuer Vertrag für ein sechstes Fahrzeug vorgeschlagen, das in der Rue des Ardennes abgestellt werden soll. Es wird sechs Monate lang kostenlos zur Verfügung gestellt, um zu testen, wie die Nachfrage an diesem Standort ist. Wenn dies sich als erfolgreich erweist, wird eine reguläre Vereinbarung abgeschlossen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) betont, dass im Jahr 2024 in Strassen 52.000 Kilometer mit den FLEX-Fahrzeugen zurückgelegt wurden, davon 31.000 mit den drei Fahrzeugen vor dem Rathaus. Er zeigt sich erfreut über den Erfolg dieses Angebotes in Strassen, der auch darauf zurückzuführen ist, dass die Bevölkerung jung und international ist und mit Modellen der Carsharing-Mobilität besser vertraut ist.

Er ergänzt, dass die Rückmeldungen von CFL Mobility sehr positiv ausfallen: Im Gegensatz zu anderen Regionen des Landes sind in Strassen nur wenige Unfälle oder Schäden an gemieteten Fahrzeugen zu verzeichnen.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) spricht eine Frage bezüglich der Buchhaltung an: Sie zeigt sich überrascht darüber, dass die Rückerstattungen der CFL nicht als ordentliche Einnahmen ausgewiesen werden, sondern direkt als Abzug von den Mietkosten verbucht werden.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bestätigt diese Praxis. Die Beträge werden direkt durch Gutschriften ausgeglichen und reduzieren somit die Gesamtrechnung, ohne dass sie als separate Einnahmen aufgeführt werden. Diese buchhalterische Vorgehensweise ist zwar wenig intuitiv, entspricht jedoch den Gepflogenheiten von CFL Mobility.

Der Gemeinderat nimmt die neue Vereinbarung und ihren Nachtrag einstimmig an.

10. Bestätigung einer Genehmigung zur Untervermietung an das Syndikat LES THERMES.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig eine Genehmigung zur Untervermietung zugunsten des kommunalen Zweckverbandes Les Thermes, wodurch dieser mit SUDenergie zusammenarbeiten kann, um Photovoltaikmodule auf dem oberen Parkplatz des Schwimmbads zu installieren.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erläutert, dass der kommunale Zweckverband Les Thermes an einer nationalen Ausschreibung zur Erschließung neuer Flächen für die Solarenergiegewinnung teilgenommen hat. Das geplante Projekt sieht den Bau einer Anlage

mit einer Leistung von etwa 400 kWp auf dem Dach des oberen Parkhauses vor.

Dieses Parkhaus wird übrigens renoviert. Gegenstand der vorliegenden Genehmigung ist jedoch lediglich die Bereitstellung des Grundstücks, das sich im Besitz der Gemeinde Strassen befindet.

Zum jetzigen Zeitpunkt handelt es sich also lediglich um eine formale Genehmigung. Diese ist erforderlich, damit das Syndikat seine Bewerbung im Rahmen der Projektausschreibung einreichen kann. Die Einreichung erfolgte am 17. Oktober. Die endgültige Umsetzung hängt davon ab, ob das Projekt vom Staat genehmigt wird und welche Bedingungen letztendlich zur Anwendung kommen.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) erkundigt sich, ob es für das Projekt eine staatliche Unterstützung gibt. Der Bürgermeister bestätigt dies und erklärt, dass die Gemeinde nicht direkt am Liefervertrag beteiligt ist. Dieser wird zwischen dem Syndikat Les Thermes und SUDenergie geschlossen. Er weist außerdem darauf hin, dass bereits ein Festpreis vorgesehen ist, sofern das Projekt angenommen wird.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) wirft die Frage auf, welches Interesse die Gemeinde als Eigentümerin des Grundstücks daran hat. Er schlägt insbesondere vor, eine kommunale Infrastruktur wie das Stadion an diese lokale Produktion anzuschließen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) verweist darauf, dass die gesamte Produktion für die Versorgung des Schwimmbads bestimmt ist, dessen Stromverbrauch sehr hoch ist. Theoretisch könnte eine „Energie-Community“ in Betracht gezogen werden, falls ein Teil des Stroms überschüssig wäre, was hier jedoch nicht der Fall ist. Er erinnert auch daran, dass die Gemeinde Mitglied des Syndikats ist und somit indirekt von möglichen künftigen Einsparungen profitiert.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) fügt hinzu, dass eine Senkung der Stromrechnung des Schwimmbads durch Solarenergie zu einer Verringerung des jährlichen Defizits des kommunalen Zweckverbands führen würde – ein Defizit, das derzeit von den Mitgliedsgemeinden, darunter auch Strassen, ausgeglichen wird. Er schlägt

vor, dass diese Einsparungen langfristig den Nutzern zugutekommen könnten, beispielsweise in Form von geringeren Preiserhöhungen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) teilt diese Einschätzung, betont jedoch, dass die potenziellen Einsparungen im Vergleich zu den Gesamtkosten gering sind und es kontraproduktiv wäre, das Projekt durch Forderungen von symbolischen Mieten zu verkomplizieren, insbesondere vor dem Hintergrund der Einschränkungen, denen das Syndikat in anderen Bereichen wie bei den Bauarbeiten am Stadion unterliegt.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) hat eine Frage zu den Zahlen: Bei einer geschätzten Jahresproduktion von etwa 400.000 kWh würde das bedeuten, dass jährlich Strom für fast 100.000 € erzeugt wird, wenn man vom Durchschnittspreis ausgeht. Er schließt daraus, dass diese Produktion entweder die Kosten für die Nutzer senken oder das jährliche Defizit von 3 Millionen teilweise decken könnte.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) bittet um Klarstellung, ob im Falle einer Umsetzung des Projekts die gesamte erzeugte Strommenge direkt von Les Thermes verbraucht wird. Dies wird von Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bestätigt.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) fragt anschließend, ob dieses Projekt auch im Rahmen des Klimapakts gefördert werden könnte. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) und Schöffin Anne Arend (CSV) räumen ein, dass dies denkbar wäre, sofern die Anlage die Kriterien für die kommunale Rechnungslegung erfüllt, insbesondere wenn sie sich auf dem Gebiet und im Besitz der Gemeinde befindet.

Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

11. Ernennungen und Rücktritte in den lokalen beratenden Kommissionen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet den Punkt ein und erklärt, dass ein offizielles Schreiben bezüglich eines Vorschlags für einen Ersatz in der Verkehrskommission eingegangen sei.

Auf Vorschlag der Partei déi gréng wird Herr Nicolas Bouillon somit durch Frau Joana Domingues de Matos als Mitglied dieser Kommission ersetzt.

Im Rahmen der Ernennungen wurde Frau Martine Fisch (DP) als Mitglied für die Energiekommission vorgeschlagen.

Gemäß dem Reglement fand eine geheime Abstimmung statt, und die Ernennungen wurden einstimmig angenommen.

12. Formulierung einer Stellungnahme im Rahmen der Entwürfe für Aktionspläne zur Lärmbekämpfung.

Der Gemeinderat prüft die endgültige Fassung der Entwürfe für Aktionspläne zur Lärmbekämpfung, die zur Stellungnahme vorgelegt wurden. Bürgermeister Nico Pundel (CSV) weist darauf hin, dass die von den zuständigen Stellen übermittelten Unterlagen keinerlei Änderungen im Vergleich zu jenen der Vorphase aufweisen, die dem Gemeinderat bereits in seiner Sitzung vom 3. April 2025 zur Stellungnahme vorgelegt worden waren.

Vor diesem Hintergrund schlägt das Schöffenkollégium vor, die im April vertretene Position beizubehalten. Die positive Stellungnahme bezieht sich somit auf den generellen Grundsatz, dass eine strategische Lärmkarte erstellt werden soll, die als Instrument zur Bestandsaufnahme und Diagnose dient, um so die Gebiete gezielt ermitteln zu können, in denen Maßnahmen dringend erforderlich sind.

Der Gemeinderat stellt jedoch fest, dass die Gemeinde Strassen in mehreren Teilen des Plans in bedenklicher Weise aufgeführt ist. Mehr als 3.500 Einwohner sind direkt vom Straßenlärm der Route d'Arlon betroffen, während im Hotspot-Datenblatt STRA_REG_023 mehr als 5.600 Einwohner aufgeführt sind. Diese Zahlen spiegeln jedoch nicht das tatsächliche Ausmaß des Problems wider, da der von der Autobahn A6 ausgehende Lärm weitgehend unterschätzt wird, insbesondere jenseits des Autobahnkreuzes.

Der Gemeinderat bedauert, dass trotz wiederholter Hinweise keine der in den vorangegangenen Zyklen

angekündigten Schutzmaßnahmen umgesetzt wurde. Das vorliegende Dokument beschränkt sich auf eine methodische Neuordnung und enthält weder Neuerungen noch konkrete Verpflichtungen. Außerdem stammen die verwendeten Daten noch aus dem Jahr 2021, obwohl der Verkehr seitdem deutlich zugenommen hat, was in der vorgelegten Untersuchung jedoch keine Berücksichtigung findet.

Der Plan stützt seine Berechnungen auf Tagesdurchschnittswerte, ausgedrückt im Lden-Index, mit denen sich die für die Anwohner besonders belastenden Lärmspitzen jedoch nicht genau messen lassen. Darüber hinaus fehlt die Gemeinde Strassen weiterhin auf den Karten zum Fluglärm, obwohl sie regelmäßig tagsüber und nachts überflogen wird.

Der Gemeinderat stellt die Frage nach der tatsächlichen Wirkkraft der Maßnahme 6.2.7, die die Schaffung einer neuen Verbindung zwischen der N6 und dem Autobahnkreuz Strassen-Nord vorsieht. Er befürchtet, dass eine solche Infrastruktur, insbesondere eine neue Brücke, die Lärmbelastung eher verstärken als verringern würde.

Er bedauert, dass alle für Strassen geplanten Maßnahmen auf einen mittelfristigen Zeitraum verschoben werden, obwohl die Situation für die betroffenen Einwohner immer unerträglicher wird.

Abschließend wiederholt der Gemeinderat seinen dringenden Appell an die nationalen Behörden, rasch konkrete und gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Erfordert eine vollständige Überarbeitung des Lärmschutzes entlang der Hauptverkehrsachsen, einschließlich der dringenden Schaffung von Ausweichstraßen für die Route d'Arlon, der Errichtung von Lärmschutzwänden, eine dauerhafte Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Autobahn A6 auf 90 km/h im Durchgangsbereich von Strassen, die Priorisierung der Straßenbahnlinie auf der Route d'Arlon bis zur Europäischen Schule in Mamer und schließlich eine ernsthafte Prüfung einer teilweisen Überdeckung der A6.

Die Stellungnahme wird einstimmig angenommen.

13. Punktuelle Änderung des Reglements über Mietkautionen.

Der Gemeinderat befasst sich mit einem Vorschlag des Schöffenkollegiums, das kommunale Reglement über Mietkautionen, das in der Sitzung vom 16. November 2022 verabschiedet und am 28. März 2024 geändert wurde, anzupassen. Diese Änderung betrifft nur einen einzigen materiellen Posten, nämlich die Kautions, die für die Bereitstellung eines Baustellenwasseranschlusses verlangt wird.

Bislang betrug die Kautions für diese Art von Ausrüstung 1.200 Euro pro Stück. Der Gemeinderat schlägt nun vor, sie auf 3.500 Euro pro Stück zu erhöhen.

Die Änderung wird einstimmig angenommen.

14. Urbanismus:

a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts

Der Gemeinderat beschließt, auf die Ausübung des Vorkaufsrechts zu verzichten, über das die Gemeinde gemäß dem geänderten Gesetz vom 22.10.2008 über die Förderung des Wohnungsbaus und die Schaffung eines Pacte Logement mit den Gemeinden verfügt, dies in Hinblick auf den Verkauf von fünf Parzellen mit einer Gesamtfläche von 15,66 Ar, die im Kataster der Gemeinde Strassen, Abschnitt A, unter den Nummern 123/4403, 123/4405, 123/4407, 123/4359 und 123/4363 eingetragen sind.

Der Gemeinderat stimmt diesem Punkt einstimmig zu.

b) Entscheidung zur Aufhebung eines Beschlusses, der in der Sitzung vom 25.09.2025 gefasst wurde

Dem Gemeinderat liegt ein Antrag auf Parzellierung vor, der von der Firma FONCIERE SCHULER eingereicht wurde. Dieser betrifft zwei Grundstücke in Strassen, Abschnitt A, mit dem Ziel, diese zu einem einzigen Grundstück zusammenzulegen. Die Genehmigung berücksichtigt die geltende Gesetzgebung und die Beibehaltung des 2002 genehmigten Teilbebauungsplans PAP „Bourmicht“, dessen rechtliche Wirkungen im aktuellen Allgemeinen Bebauungsplan weiterhin gültig sind, obwohl er nie in das Kataster übernommen wurde.

Nach Überprüfung der Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

c) Genehmigung der Vereinbarung und des Ausführungsplans für den PAP „Arlon – Kiem“

Der Gemeinderat prüft die Vereinbarung zur Umsetzung des Teilbebauungsplans PAP „Arlon – Kiem“, die zwischen der Gemeinde und den Unternehmen IBE und LES RESIDENCES S.A., den Eigentümern der betreffenden Grundstücke, geschlossen wurde. Das Vorhaben sieht die Schaffung eines neuen gemischt genutzten Stadtviertels vor, das drei Mehrzweckgebäude, zwei Mehrfamilienhäuser, neun Einfamilienhäuser sowie öffentliche Infrastrukturen (Straßen, Parkplätze, Grünflächen, Rückhaltebecken) umfasst.

Das Gesamtareal umfasst 1,23 Hektar, und die Vereinbarung legt die Modalitäten für die Durchführung der Arbeiten, ihre Finanzierung, die Übertragung von Grundstücken an die öffentliche Hand sowie die Verpflichtungen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fest. Das Projekt umfasst auch eine gemeinsame Nutzung der Infrastruktur mit dem benachbarten Teilbebauungsplan PAP „143, Rue du Kiem“.

Der Gemeinderat nimmt die Vereinbarung einstimmig an.

d) Genehmigung des Teilbebauungsplans PAP „38, Route d'Arlon“

Das Bauvorhaben für ein 10,30 Ar großes Grundstück an der Route d'Arlon 38 sieht den Bau eines Mehrfamilienhauses mit sechs Wohnungen vor. Das Grundstück befindet sich in einer städtischen Mischzone und ist teilweise von einem Teilbebauungsplan „neues Stadtviertel“, einer Lärmzone und einem Korridor für Straßenbauprojekte betroffen. Ein Teil des Grundstücks (fast 26 %) wird an die Gemeinde für Gestaltung des öffentlichen Raums abgetreten.

Die Verwaltung betont, dass das Projekt dem geltenden Allgemeinen Bebauungsplan entspricht, greift aber auch die Bemerkungen der Evaluierungsstelle auf. Diese betont insbesondere die Notwendigkeit eines

Gesamtkonzepts für das Areal „Arlon-Schafsstrachen Teil 2“, um eine inkohärente Planung der Parzellen zu vermeiden. Technische Anmerkungen gibt es auch zur Reduzierung versiegelter Flächen, zur Begrünung, zur genauen Festlegung der Dienstbarkeiten und zu den grafischen Darstellungen.

Das Projekt wurde gemäß den Empfehlungen angepasst, insbesondere durch die Verkleinerung des Untergeschosses, um Bepflanzungen zu ermöglichen, die Streichung bestimmter Darstellungen im Begründungsbericht und die Aufnahme der Vorgaben in den schriftlichen Teil des Teilbebauungsplans.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) ergreift das Wort, um erneut zu betonen, wie komplex eine kohärente Entwicklung in diesem Sektor ist. Sie drängt darauf, dass die Gemeinde den Versiegelungskoeffizienten im Allgemeinen Bebauungsplan überprüft, da dieser ihrer Meinung nach immer noch zu hoch ist. Sie bedauert, dass einige Vorhaben nur sehr wenige durchlässige Flächen vorsehen. Sie kommt auch auf die wenig nachhaltige Ästhetik bestimmter Außenanlagen zurück, insbesondere der versiegelten Gärten, die nicht im Sinne der Gemeindeverordnung sind. Ihr Beitrag trifft auf Verständnis, und eine umfassendere Überarbeitung des Allgemeinen Bebauungsplans zu diesem Thema wird in Erwägung gezogen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Punkt einstimmig zu.

15 Verschiedenes.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) bittet die Mitglieder des Gemeinderats, bis zur nächsten Sitzung ihre Vorschläge für die Vergabe von Spenden an gemeinnützige Organisationen einzureichen. Diese Vorschläge werden auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung gesetzt.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) kommt auf die Gedenkfeier vom vergangenen Sonntag zurück. Er gratuliert dem Bürgermeister zu seiner Rede, die er als treffend und beeindruckend bezeichnet, bedauert jedoch den Zustand der Gedenktafel am Kriegerdenkmal, deren Schriftzüge verblasen. Er wünscht sich, dass diese bis zum nächsten Jahr restauriert wird.

Er spricht auch die wenig würdevolle Optik der provisorischen Leichenhalle an, die auf einem Parkplatz aufgestellt wurde und seiner Meinung nach unschön exponiert ist. Er schlägt eine Verkleidung oder einen Sichtschutz vor, um mehr Diskretion und Respekt zu gewährleisten.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi gréng) erkundigt sich nach dem Stand der Dinge, was die Plätze in der Maison relais angeht, da andernorts ein Mangel herrscht. Schöffin Anne Arend (CSV) bestätigt, dass in Strassen alle Familien, die die Prioritätskriterien erfüllen (Alleinerziehende oder Vollzeit arbeitende Paare), einen Platz erhalten haben. Derzeit sind nur zwei Anträge in Bearbeitung. Hier wurden jedoch die Fristen nicht eingehalten oder die Anträge waren unvollständig.

Anne-Marie Linden weist anschließend auf eine gefährliche Stelle in der Rue des Romains hin, wo die die Geschwindigkeitsbegrenzung der Tempo-30-Zonen nicht eingehalten wird und die Fußgänger Schwierigkeiten dabei haben, die Straße sicher zu überqueren. Sie schlägt vor, zusätzliche Hinweisschilder anzubringen, um die Autofahrer dazu anzuhalten, langsamer zu fahren, und erinnert daran, dass „Fußgänger auch das Recht haben, die Straße zu überqueren“.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) schließt sich dieser Aussage an. Er schlägt vor, die Sichtbarkeit der Beschilderung zu verbessern.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) schließt sich mit mehreren Anmerkungen an. Zunächst zur Gedenkfeier. Hier spricht er sich dafür aus, die Straße, die zur Kirche führt während der Veranstaltung vorübergehend zu sperren, damit Sicherheit und Andacht gewährleistet werden können. Er schlägt sogar vor, in Betracht zu ziehen, diese kleine Straße dauerhaft in eine Fußgängerzone umzuwandeln, sofern dies technisch machbar ist.

Anschließend kommt er auf eine kürzlich in der Gemeinde organisierte Filmvorführung zurück. Seiner Meinung nach war die Kommunikation rund um die Veranstaltung verwirrend: Der Eintrittspreis wurde nicht erwähnt, die Dauer des Films war falsch angegeben und es fehlten Informationen über die Veranstalter. Er stellt die internen Validierungsprozesse für solche

Aktivitäten und die Rolle der Kulturkommission bei solchen Entscheidungen in Frage.

Erspricht auch den Einsatz künstlicher Intelligenz bei der Bearbeitung von Bewerbungsunterlagen der Gemeinde an und fragt, ob eine Charta oder ein regulatorischer Rahmen in Vorbereitung sind, insbesondere um die Schulung des Personals und die Transparenz dieser Praktiken zu gewährleisten.

Er bringt auch die Frage des Krisenmanagements erneut zur Sprache, insbesondere in Hinblick auf die Risiken von Cyberangriffen oder Wasser- oder Stromausfällen. Er nennt die nationale Plattform letzprepare.lu als unterstützendes Instrument für die Gemeinden. Er empfiehlt, dass Strassen eigene Verfahren ausarbeitet, und schlägt vor, diesbezüglich eine Arbeitsgruppe zu schaffen.

In diesem Zusammenhang verweist Gemeinderat Marc Fischer (DP) auf die europäische Richtlinie NIS2, die in Kürze den Gemeinden eine Meldepflicht bei Cybervorfällen auferlegen wird. Er betont, wie schwierig es für kleine Gemeinden ist, vielseitig einsetzbare IT-Experten zu finden, ruft jedoch zu einer Verstärkung der gemeindeinternen Kompetenzen auf.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) warnt anschließend vor der Gefahrensituation in der Rue de Reckenthal, wo Autos mit zu schnell fahren und die Fußgängerüberwege schlecht beleuchtet sind, was das Überqueren der Straße insbesondere morgens und abends gefährlich macht. Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) antwortet, dass ein Antrag auf Herabsetzung der Geschwindigkeitsbegrenzung gestellt wurde, die Straßenbaubehörde jedoch derzeit nur eine Herabsetzung von 90 auf 70 km/h vorschlägt. Die Gemeinde setzt sich weiterhin für mehr Sicherheit ein und fordert auch Polizeikontrollen.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist anschließend auf wiederkehrende Ausfälle der Straßenbeleuchtung in der Rue Henri Dunant und in der Umgebung des Park Riedgen hin. Das Problem scheint wiederholt aufzutreten, insbesondere bei bestimmten Straßenlaternen, die regelmäßig ausfallen. Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) bestätigt diese Feststellung. Sie fordern eine gründliche technische Analyse.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) bittet ebenfalls um Informationen darüber, wie weit das CIGL-Projekts fortgeschritten ist und möchte über die nächsten Schritte informiert werden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Haushalt.

In Bezug auf die Studie zur Mobilität in Luxemburg-West (die Ende 2023 gestartet wurde) fragt sie, ob bereits Zwischenergebnisse vorliegen. Die Antwort ist negativ: Es liegen noch keine konkreten Rückmeldungen vor.

Abschließend weist sie darauf hin, dass die Stiftung „Hëllef fir Kriibskrank Kanner“ ihr Interesse bekundet hat, am Weihnachtsmarkt in Strassen teilzunehmen.

Sie bittet die Gemeinde, diese aufgrund ihrer Präsenz auf dem Gemeindegebiet künftig einzuladen.

Schließlich schlägt Gemeinderat Andrew Butler (CSV) vor, eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Thema Cybersicherheit für die Bürger zu organisieren um sie für die Risiken des alltäglichen Umgangs mit digitalen Medien, beispielsweise beim Online-Banking, zu sensibilisieren. Er stellt sich dies als lokale Veranstaltung vor, die von den technischen Diensten (SIGI) und der Gemeinde unterstützt wird.

Sitzungsende um 17:20 Uhr.

Séance du conseil communal du 23 octobre 2025

FR

ORDRE DU JOUR

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 25.09.2025.
2. Adoption du plan de gestion pour l'année 2026.
3. Approbation du devis estimatif relatif au renouvellement des infrastructures dans la rue Bel-Air.
4. Approbation du devis estimatif relatif aux infrastructures dans la Chaussée Blanche (partie nord).
5. Approbation des titres de recette de l'année 2024.
6. Allocation d'un subside extraordinaire à une association locale.
7. Confirmation de règlements temporaires sur la circulation.
8. Fixation des taux de l'impôt foncier et de l'impôt commercial pour l'année 2026.
9. Approbation d'une convention « FLEX » avec la société anonyme CFL MOBILITY.
10. Confirmation d'une autorisation de sous-location au syndicat LES THERMES.
11. Nominations et démissions au sein des commissions consultatives locales.
12. Formulation d'un avis dans le cadre des projets de plans d'action de lutte contre le bruit.
13. Modification ponctuelle du règlement portant sur les cautions locatives.
14. Urbanisme :
 - a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption
 - b) Décision d'annulation d'une délibération prise en la séance du 25.09.2025
 - c) Approbation de la convention et du projet d'exécution du PAP « Arlon - Kiem »
 - d) Approbation du PAP « 38, route d'Arlon »
15. Divers.

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV) ; Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler

(CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Marc Fischer (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi Gréng) ; Jean Claude Roob (LSAP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Daniel Thein (DP), membre du conseil communal.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre la séance du conseil communal et souhaite la bienvenue à l'ensemble des conseillers présents. Il informe que le conseiller Daniel Thein (DP) est excusé et a donné procuration à sa collègue Martine Dieschburg-Nickels (DP).

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 25.09.2025.

Le premier point de l'ordre du jour porte sur l'approbation du procès-verbal de la séance du 25 septembre 2025.

La conseillère Lise Jørgensen (DP) intervient brièvement pour y apporter une remarque.

Le procès-verbal est ensuite approuvé à l'unanimité.

2. Adoption du plan de gestion pour l'année 2026.

Le deuxième point de la séance est consacré à l'approbation du plan de gestion forestier pour l'année 2026. Comme chaque année, ce document essentiel définit les lignes directrices de la gestion des bois communaux, tant en ce qui concerne la préservation écologique que l'exploitation durable et les aspects éducatifs.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit brièvement le sujet en soulignant l'importance de la forêt dans l'identité de Strassen et l'équilibre de son territoire avant de donner la parole à Monsieur Serge Bisenius, responsable de la gestion forestière de la commune.

Ce dernier présente en détail les différents volets du plan 2026. Il commence par rappeler les priorités de la

commune : maintenir une gestion durable, lutter contre les espèces invasives (notamment la berce du Caucase, la renouée du Japon et le robinier), garantir la sécurité dans les zones fréquentées, entretenir les chemins et favoriser la biodiversité par des mesures ciblées.

Il insiste sur le rôle essentiel du pâturage ovin extensif dans la zone du « Gaaschtgrund », en partenariat avec la Sicona, qui permet un entretien écologique des prairies maigres. Pour sécuriser ce projet, une clôture fixe est prévue car les moutons se sont parfois échappés ces dernières années.

Il aborde également les efforts continus en matière de nettoyage des dépôts sauvages de déchets qui tendent à diminuer en fréquence, mais restent problématiques lorsqu'ils surviennent. Un accent est mis sur la gestion écologique des chemins forestiers, parfois entretenus à l'aide de chevaux pour répondre aux exigences du Pacte Nature.

Le plan de gestion prévoit également l'entretien des bords de forêt qui sont des zones cruciales pour la biodiversité, la conservation de biotopes arborés, l'aménagement d'îlots de vieillissement et la sécurisation des arbres dangereux le long des voies publiques ou fréquentées.

Les coupes de bois sont effectuées de manière durable, avec une attention particulière à ne pas dépasser le taux de régénération naturelle, ce dernier étant revu à la baisse à cause du stress hydrique croissant. Le bois récolté est utilisé prioritairement pour les besoins locaux : chauffage, aménagements communaux ou projets éducatifs.

Un autre enjeu majeur abordé est la santé préoccupante des forêts luxembourgeoises, impactées par le dérèglement climatique. Monsieur Bisenius souligne que plus de 65 % des arbres au niveau national sont considérés comme fortement atteints ou condamnés, selon les derniers chiffres.

À Strassen, la situation est meilleure, mais la surveillance constante reste nécessaire, notamment pour les hêtres qui souffrent particulièrement du stress hydrique, et pour les épicéas qui sont vulnérables aux attaques de scolytes.

Le plan prévoit donc la plantation d'essences plus diversifiées et plus résistantes au changement climatique, dont des hêtres issus de provenances méridionales (testés en collaboration avec les services de l'État), mais aussi d'autres espèces à feuillage caduc adaptées aux nouvelles réalités climatiques.

Concernant les recettes et les dépenses, le plan annonce environ 85.000 € de recettes, principalement issues de la vente de bois, pour des dépenses estimées à 317.000 €, ce qui inclut l'entretien, le personnel, le matériel, la formation et les projets pédagogiques. Monsieur Bisenius insiste sur l'importance de l'entretien du matériel roulant car certains véhicules approchent les 30 ans, rendant leur remplacement urgent.

Il aborde également la gestion du cimetière forestier, le développement de mobilier en bois local (bancs, panneaux, supports vélo), ainsi que les activités pédagogiques organisées avec les enfants de l'école et de la Maison Relais qui se rendent régulièrement dans la forêt.

La parole est ensuite donnée aux membres du conseil, qui saluent unanimement la qualité du travail effectué par Monsieur Bisenius et son équipe.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) félicite le service forestier pour la qualité de son travail et insiste sur l'importance de valoriser ces réalisations locales. Il souligne que la commune possède déjà de nombreux objets en bois visibles à travers le village – bancs, supports vélos, équipements éducatifs – et qu'il serait judicieux de les intégrer systématiquement dans tous les nouveaux projets, notamment les écoles à venir, le nouveau terrain de football ou encore la future Maison des Jeunes. Il souhaite que le service des forêts soit davantage impliqué dans l'aménagement de ces infrastructures, afin de renforcer encore la visibilité du bois local.

Il attire aussi l'attention sur l'accessibilité de certains aménagements, comme les supports vélos au chalet du Fräiheitsbam, qui sont souvent bloqués lors d'événements organisés par des associations ou des partis politiques (par des tentes, des stands, des grillades, etc.). Il propose de mieux coordonner l'occupation de l'espace ou de repenser l'emplacement

de certains équipements afin de garantir un usage fluide toute l'année.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) appuie ce constat. Elle évoque une récente expérience lors d'un événement musical, où les supports vélos étaient inaccessibles. Elle suggère de créer de nouveaux emplacements, notamment près du parking, pour éviter que voitures et vélos ne se gênent mutuellement.

Le garde forestier Serge Bisenius répond qu'il partage ce souci. Il confirme que lors de la rénovation actuelle du chalet, une réflexion est en cours sur la réorganisation générale de l'espace. Il regrette que certains éléments soient installés sans concertation et reconnaît que des supports supplémentaires pourraient être ajoutés. Il reste cependant réaliste quant aux limites du contrôle communal, évoquant par exemple les automobilistes qui n'hésitent pas à déplacer des pierres pour se garer illégalement devant les équipements.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) réagit à son tour à la présentation du service forestier, qu'il trouve très parlante. Il se dit frappé par le nombre inquiétant d'arbres malades – plus de 80 % selon certaines statistiques – et demande si un espoir de régénération existe pour ces spécimens déjà touchés, ou s'il faut s'attendre à devoir les remplacer massivement.

Monsieur Bisenius répond par une explication historique : après une déforestation massive il y a deux siècles, les forêts luxembourgeoises ont été replantées en grande partie de manière uniforme, notamment pour alimenter les hauts-fourneaux à bois. Le résultat est que les arbres actuels sont trop vieux pour résister au changement climatique.

Leur système racinaire, inadapté aux sécheresses, ne leur permet pas de survivre. Il insiste sur la nécessité d'un rajeunissement actif des peuplements, avec des arbres plus jeunes, plus dynamiques et plus adaptés au climat, notamment via la régénération naturelle. Il annonce qu'il intégrera l'année prochaine un aperçu des classes d'âge dans sa présentation, pour illustrer visuellement le vieillissement généralisé du massif.

Après ces échanges, le bourgmestre Nico Pundel (CSV) souligne à nouveau l'importance de ce dossier : le bois

communal couvre un tiers du territoire de Strassen. Il considère que le budget reste modeste au vu des enjeux écologiques, pédagogiques et patrimoniaux de la forêt.

Le plan de gestion forestier pour l'année 2026 est adopté à l'unanimité.

3. Approbation du devis estimatif relatif au renouvellement des infrastructures dans la rue Bel-Air.

Le conseil communal se penche sur un projet de réaménagement de la rue Bel-Air, petite voirie résidentielle située à proximité de la Chaussée Blanche. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que la configuration actuelle des canalisations remonte à une époque où le tracé retenu n'était pas des plus judicieux. Le réseau d'égout ne suit pas une logique linéaire mais se scinde pour ensuite converger à travers les champs vers la Route d'Arlon.

Cette disposition complexe, combinée à des projets immobiliers en développement sur les terrains concernés, rend désormais nécessaire une reconfiguration du réseau. Le projet prévoit donc de rediriger les canalisations vers la Chaussée Blanche, ce qui implique également la reconstruction complète de la rue Bel-Air, avec séparation des eaux usées et des eaux de pluie, remplacement de la conduite d'eau potable, et tous les travaux de voirie associés.

Le devis estimatif s'élève à 1.275.000 euros.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) intervient pour demander si, compte tenu du fait que les réaménagements sont en partie induits par des développements privés sur les terrains voisins, les promoteurs concernés ne devraient pas contribuer aux coûts.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) reconnaît que ce raisonnement semble logique, mais qu'en pratique, la commune préfère éviter d'instaurer un précédent, notamment pour maintenir la possibilité de négocier des servitudes sur des terrains privés. Il rappelle d'ailleurs que dans d'autres cas similaires, la commune a pris en charge des frais comparables.

En outre, la rue Bel-Air devait de toute façon être rénovée, compte tenu de son état général. Ce projet permet donc de coordonner l'utile à l'urgent.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) formule ensuite une remarque plus générale, qui concerne aussi bien ce projet que le point suivant : elle exprime un certain malaise à devoir voter des montants aussi importants sans toujours avoir une vision claire des détails techniques – dimensions des installations, matériaux utilisés, etc. Elle se demande dans quelle mesure les devis sont véritablement contrôlés, notamment en ce qui concerne leur exactitude et leur adéquation aux besoins réels.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) répond que ces projets ne sont jamais validés à l'aveugle. Ils sont préparés conjointement par des bureaux d'études et le Service technique de la commune. Les devis sont établis selon des bases de prix récents, actualisés en fonction des zones géographiques (urbain ou rural) et des types de travaux (mètres linéaires, volumes, etc.). Il insiste sur le fait que la commune veille à ne ni surévaluer ni sous-évaluer les montants pour éviter les avenants coûteux ou les rallonges budgétaires ultérieures.

Il évoque également les évolutions technologiques dans le suivi des chantiers, notamment l'usage de drones et d'outils de mesure de précision permettant de vérifier exactement les quantités exécutées. Il conclut en rappelant que le marché reste fluctuant et que certaines entreprises proposent désormais des prix inférieurs aux prévisions initiales, comme on a pu le constater récemment dans d'autres projets.

Le conseil approuve à l'unanimité le devis pour le réaménagement complet de la rue Bel-Air.

4. Approbation du devis estimatif relatif aux infrastructures dans la Chaussée Blanche (partie nord).

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit le point en précisant que ce projet concerne cette fois non pas une rue secondaire, mais un axe structurant de la commune, à savoir la partie nord de la Chaussée Blanche, entre la dernière habitation située à droite en montant et le lieu-dit Kandelshaff.

Il explique que cette portion de route, bien qu'identifiée comme constructible dans le PAG, n'est pas encore équipée des réseaux nécessaires. Or, des projets de construction y sont en cours de planification, et la commune se doit de prévoir l'installation de l'ensemble des infrastructures : réseaux d'égouts séparés pour les eaux usées et pluviales, conduites d'eau potable, mais aussi tranchées pour les fournisseurs Creos et Eltrona.

Il admet toutefois que ces travaux ne seront pas sans conséquences sur la circulation, cette partie de la Chaussée Blanche étant l'un des axes les plus fréquentés de Strassen. Deux scénarios sont actuellement envisagés pour gérer la circulation durant le chantier : soit un système de feux alternés permettant de garder une voie en service, soit une mise en sens unique en combinant la Chaussée Blanche et la rue du Bois, sans qu'aucune décision définitive n'ait encore été prise à ce stade.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) prend ensuite la parole pour évoquer une question de signalisation routière. Elle souhaite savoir si, une fois les maisons construites dans cette portion de route, la localisation du panneau indiquant l'entrée dans la localité de Strassen sera également déplacée, pour inclure ces nouvelles habitations dans la zone 50.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) confirme que, d'un point de vue réglementaire, les panneaux d'entrée d'agglomération doivent être placés là où commence effectivement la zone bâtie. Dès lors, lorsque les constructions auront lieu, la zone 50 km/h sera étendue à partir du rond-point en haut de la côte jusqu'à la zone actuellement urbanisée, ce qui consolidera la sécurité sur ce tronçon.

Il signale par ailleurs que plusieurs ralentisseurs sont déjà prévus dans l'aménagement de la chaussée, afin de forcer les automobilistes à adapter leur vitesse.

Le conseil adopte à l'unanimité les travaux d'infrastructure de la Chaussée Blanche nord.

5. Approbation des titres de recette de l'année 2024.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit brièvement ce point budgétaire avant de laisser la parole à

l'échevine Anne Arend (CSV) qui rappelle qu'il s'agit d'un exercice annuel classique : le conseil communal est appelé à approuver les titres de recette, c'est-à-dire les montants effectivement perçus par la commune en 2024, tant sur le budget ordinaire qu'extraordinaire.

Elle précise qu'il ne s'agit pas ici de débattre de montants futurs ou théoriques : les recettes indiquées correspondent strictement à ce qui a été encaissé. Aucune modification n'est donc possible à ce stade. En 2024, la commune a ainsi perçu 63.584.049 € sur le budget ordinaire et 49.359 € sur l'extraordinaire, ce qui donne un total de 63.633.409 €.

Comme attendu, les principales sources de revenus restent la dotation globale de l'État (environ 43 millions), suivie de l'impôt commercial (8,5 millions). Elle mentionne également 1,5 million d'euros d'intérêts bancaires, un montant plus élevé que les années précédentes, ce qui s'explique à la fois par la remontée des taux d'intérêt et une gestion plus active des liquidités de la commune via des comptes à préavis de 30 jours proposés par les banques. Enfin, la refacturation de certains coûts d'entretien lié au fonctionnement de la Maison Relais représente également 1,5 million d'euros.

Un élément d'explication plus anecdotique est aussi apporté : bien que le nouveau locataire de la brasserie communale, Vito's, soit bien en activité depuis novembre 2023, son premier loyer n'a été encaissé qu'en janvier 2024, et n'apparaîtra donc que dans les titres de recette de 2025.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) remercie pour les explications et soulève plusieurs points. Elle s'étonne d'abord de l'absence de certaines subventions prévues, notamment celles pour l'acquisition de terrains boisés et la renaturation du parking, qui ne semblent pas avoir été perçues.

L'échevine, Anne Arend (CSV) confirme que la procédure est toujours en cours pour ces dossiers, tout comme pour la subvention de 4,1 millions d'euros prévue dans le cadre du PAP Rackebierg pour la création de logements sociaux, qui ne figure pas non plus dans les recettes 2024.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) souligne ensuite l'augmentation du montant perçu

au titre de la participation des communes extérieures pour la scolarisation de leurs enfants à Strassen, et se demande à combien s'élève cette contribution.

Le secrétaire communal Christian Muller répond qu'il s'agit d'un montant fixé au niveau national, remplaçant l'ancien système basé sur une taxe locale de 600 € par enfant.

L'échevine Anne Arend (CSV) ajoute que la commune applique des critères très stricts pour accepter des enfants non domiciliés à Strassen : l'un des parents doit y résider, ou l'enfant peut terminer un cycle scolaire déjà commencé. Dans certains cas très limités, des dérogations peuvent encore être envisagées si l'intérêt de l'enfant le justifie.

Elle insiste néanmoins sur le fait qu'il n'est pas question d'ouvrir massivement les portes aux enfants de l'extérieur car cela nuirait à la bonne gestion des effectifs.

Le conseil communal approuve à l'unanimité les titres de recette de l'exercice 2024.

6. Allocation d'un subside extraordinaire à une association locale.

Le conseil communal examine la demande de subside extraordinaire introduite par l'association des StauDivers, club de plongée local. L'échevine Anne Arend (CSV) explique que le club a acquis une machine appelée « Booster Nitrox », un appareil relativement onéreux qui améliore la sécurité respiratoire lors de plongées à l'aide d'un mélange gazeux enrichi en oxygène.

Le club a transmis une preuve de paiement datée du mois de juillet pour un montant de 4.094,20 euros. Bien que cette acquisition ait été faite avant l'introduction formelle de la demande, l'échevine Anne Arend (CSV) a préféré ne pas rejeter la demande a posteriori, estimant qu'il serait peu utile de pinailler sur des détails dans ce cas précis.

Elle a toutefois rappelé au club l'obligation de fournir trois devis comparables, comme l'exige le règlement communal en matière de subsides. Dans ce dossier,

les devis fournis ultérieurement ne concernaient pas le même modèle de machine, mais leur comparaison montre malgré tout que le club avait choisi le modèle le plus économique.

Sur cette base, et en appliquant le taux habituel d'un tiers de remboursement prévu par le règlement, le collège échevinal propose d'allouer un montant de 1.364,73 euros aux StauDivers.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP), lui-même plongeur, pose une question technique sur l'usage du Nitrox. Il rappelle que ce type de mélange nécessite une certification spécifique, au-delà du brevet de plongée classique, et demande combien de membres du club disposent actuellement de cette qualification. L'échevine Anne Arend (CSV) admet ne pas disposer de l'information, et propose d'adresser la question au président du club après la séance.

Le conseiller Marc Fischer (DP) intervient ensuite pour souligner un point de principe. Selon lui, il est important que les règles soient claires, connues et appliquées de manière égale pour tous. Il met en garde contre le risque de décisions arbitraires, où certaines demandes seraient acceptées malgré des dossiers incomplets, tandis que d'autres seraient refusées.

Il plaide pour une communication renforcée auprès des associations, afin qu'elles soient informées des critères et des documents requis. Il en profite pour rappeler qu'une réflexion de fond sur les mécanismes de soutien aux associations locales pourrait utilement être menée dans le cadre de la commission des finances, qui reste, selon lui, peu active.

L'échevine Anne Arend (CSV) répond que la commune fournit déjà un soutien structurel important aux associations locales, particulièrement à celles qui utilisent les infrastructures sportives communales et pour lesquelles une grande partie du matériel est fourni par la commune elle-même (tapis de gymnastique, équipements divers). Elle reconnaît néanmoins la pertinence d'un rappel régulier aux règles, et souligne être en contact permanent avec les associations pour répondre à leurs questions et les guider dans leurs démarches.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) conclut en confirmant que les devis transmis montrent bien que l'option choisie était la moins chère, ce qui vient conforter la décision proposée.

Le conseil communal adopte à l'unanimité l'octroi du subside au club des StauDivers.

7. Confirmation de règlements temporaires sur la circulation.

Le conseil est invité à se prononcer sur un ensemble de règlements temporaires relatifs à la circulation, mis en place au cours des dernières semaines pour répondre à des besoins ponctuels : chantiers, événements ou mesures de sécurité locales. Ces décisions, déjà prises par le collège des bourgmestre et échevins, nécessitent une confirmation officielle du conseil.

Le conseil communal approuve les règlements à l'unanimité.

8. Fixation des taux de l'impôt foncier et de l'impôt commercial pour l'année 2026.

L'échevine Anne Arend (CSV) introduit brièvement ce point en précisant qu'il n'y a aucune modification prévue concernant les taux pour l'année 2026. Le conseil propose donc de maintenir les taux actuels de l'impôt foncier ainsi que de l'impôt commercial.

Concernant l'impôt foncier, elle souligne que les communes restent fortement dépendantes du cadre national, et qu'aucune nouvelle directive ou réforme n'ayant été annoncée à ce jour, il serait inutile de procéder à un quelconque ajustement.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) complète l'intervention en rappelant que les revenus liés à ces impôts sont bien connus du conseil puisqu'ils figurent clairement dans les titres de recette discutés plus tôt dans la séance. Ces recettes sont stables et prévisibles, et ne justifient pas, pour le moment, de révision des taux.

Le conseil communal adopte à l'unanimité la proposition de maintenir les taux en vigueur pour 2026.

9. Approbation d'une convention « FLEX » avec la société anonyme CFL Mobility.

L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) présente ce point en expliquant que le conseil communal est invité à approuver deux contrats de mise à disposition dans le cadre du service FLEX proposé par CFL Mobility.

Le premier document soumis à approbation est un avenant au contrat-cadre initial, signé en 2021. À cette époque, deux véhicules électriques (une BMW et une Mini) avaient été mis à disposition devant le bâtiment de la commune pour un coût de 845 € par véhicule.

En 2023, la flotte a été étendue grâce à trois véhicules supplémentaires (un dans la rue du Kiem, deux dans la Cité Pescher) ainsi qu'une camionnette stationnée près de la commune. Les tarifs avaient alors temporairement baissé à 700 € pour les voitures et 1.100 € pour la camionnette.

Aujourd'hui, les prix repartent à la hausse d'environ 11,5 %, sauf pour la camionnette dont le coût augmente légèrement de 20 €. En contrepartie, la commune bénéficie aussi d'un remboursement partiel, basé non pas sur les kilomètres parcourus, mais sur le nombre de personnes utilisant les véhicules. Pour le premier semestre de l'année, la commune a ainsi reçu près de 12.000 €.

Les chiffres d'utilisation sont encourageants : 325 réservations ont été enregistrées pour les véhicules stationnés devant la commune, 80 pour ceux de la rue du Kiem, 268 pour ceux de la rue Mathias Sauer.

Un nouveau contrat est également proposé pour un sixième véhicule qui sera stationné dans la rue des Ardennes. Il est mis à disposition gratuitement pendant six mois pour tester la demande à cet endroit. En cas de succès, une convention classique sera conclue.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) souligne que 52.000 kilomètres ont été parcourus avec les véhicules FLEX à Strassen en 2024, dont 31.000 pour les trois véhicules devant la commune. Il se réjouit du succès du service à Strassen, ce qui s'explique aussi par une population jeune et internationale, plus familière avec les modèles de mobilité partagée.

Il ajoute que les retours de CFL Mobility sont très positifs : peu d'accidents ou de dommages sur les véhicules loués à Strassen, contrairement à d'autres régions du pays.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) aborde une question comptable : elle s'étonne que les remboursements de CFL ne figurent pas en tant que recettes ordinaires, mais soient comptabilisés directement en déduction des dépenses liées à la location.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) confirme cette pratique. Les montants sont compensés directement par des notes de crédit, et donc réduisent la facture globale sans apparaître comme recettes séparées. Ce fonctionnement comptable, bien que peu intuitif, est celui appliqué par CFL Mobility.

Le conseil communal adopte à l'unanimité la nouvelle convention et son avenant.

10. Confirmation d'une autorisation de sous-location au syndicat LES THERMES.

Le conseil communal approuve à l'unanimité une autorisation de sous-location en faveur du Syndicat intercommunal Les Thermes, permettant à ce dernier de collaborer avec SUDenergie pour l'installation de panneaux photovoltaïques sur le parking supérieur du complexe aquatique.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que le Syndicat Les Thermes a participé à un appel à projets national pour développer de nouvelles surfaces de production solaire. Le projet envisagé prévoit une installation d'environ 400 kWc de puissance sur la toiture du parking supérieur.

Ce parking sera d'ailleurs rénové, mais l'objet de la présente autorisation concerne uniquement la mise à disposition du terrain communal, propriété de la commune de Strassen.

À ce stade, il ne s'agit donc que d'une autorisation formelle, nécessaire pour que le Syndicat puisse déposer sa candidature dans le cadre de l'appel à projets. Le dépôt a été effectué le 17 octobre. La

réalisation finale dépendra de l'acceptation du projet par l'État et des conditions définitives retenues.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) demande si le projet s'accompagne d'un soutien de l'État, ce que le bourgmestre confirme, précisant que la commune n'est pas partie prenante directe au contrat d'approvisionnement, lequel relèvera du Syndicat Les Thermes et de SUDenergie. Il précise également qu'un prix fixe est déjà prévu dans le montage, à condition que le projet soit retenu.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) soulève la question de l'intérêt pour la commune : en tant que propriétaire du terrain. Il suggère notamment de relier une infrastructure communale, comme le stade, à cette production locale.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle que toute la production est destinée à l'alimentation du centre aquatique, dont la consommation électrique est très élevée. En théorie, une « énergie community » pourrait être envisagée si une part du courant était excédentaire, mais ce n'est pas le cas ici. Il rappelle aussi que la commune est membre du syndicat, donc indirectement bénéficiaire d'éventuelles économies futures.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) renchérit en soulignant que si le centre aquatique réduit sa facture d'électricité grâce à l'énergie solaire, cela se traduira par une baisse du déficit annuel du syndicat – déficit actuellement comblé par les communes membres, y compris Strassen. Il propose que cette économie puisse à terme profiter aux usagers, par exemple en limitant les hausses de tarifs.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) acquiesce à cette analyse, tout en soulignant que les économies potentielles restent modestes par rapport aux charges globales, et qu'il serait contre-productif de compliquer le projet par des revendications de loyers symboliques, surtout après les contraintes imposées au syndicat dans d'autres dossiers comme les chantiers liés au stade.

Le conseiller Marc Fischer (DP) pose une question chiffrée : avec une production annuelle estimée à environ 400.000 kWh, cela représenterait près de

100.000 € d'électricité produite par an à un tarif moyen. Il en déduit que cette production permettrait soit de réduire les coûts pour les usagers, soit de couvrir partiellement les 3 millions de déficit annuel.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande de préciser que, si le projet est retenu, toute l'électricité produite sera bien consommée directement par Les Thermes. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) confirme.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) demande ensuite si ce projet pourrait également être valorisé dans le cadre du Pacte Climat. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) et l'échevine Anne Arend (CSV) reconnaissent que cela pourrait être envisageable, à condition que l'installation réponde aux critères de comptabilisation communale, notamment si elle est située sur le territoire et le patrimoine de la commune.

La délibération est adoptée à l'unanimité.

11. Nominations et démissions au sein des commissions consultatives locales.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) a introduit le point en précisant qu'un courrier officiel avait été reçu concernant une proposition de remplacement au sein de la Commission de la circulation.

Sur proposition du parti déi gréng, Monsieur Nicolas Bouillon est ainsi remplacé par Madame Joana Domingues de Matos en tant que membre de cette commission.

Dans le cadre des nominations, Madame Martine Fisch (DP) a été proposée afin d'intégrer la Commission de l'énergie en qualité de membre.

Conformément au règlement, le vote s'est tenu à bulletin secret et les nominations ont été adoptées à l'unanimité.

12. Formulation d'un avis dans le cadre des projets de plans d'action de lutte contre le bruit.

Le conseil communal examine la version définitive des projets de plans d'action de lutte contre le bruit,

soumise pour avis. Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle que les documents transmis par les instances compétentes ne présentent aucune modification par rapport à la phase préliminaire, déjà soumise à consultation du conseil lors de la séance du 3 avril 2025.

Dans ce contexte, le collège échevinal propose de maintenir la même position que celle adoptée en avril. L'avis favorable porte ainsi sur le principe général de l'établissement d'une cartographie stratégique du bruit, en tant qu'outil d'inventaire et de diagnostic, utile pour cibler les zones où des mesures s'avèrent urgentes et nécessaires.

Le conseil constate toutefois que la commune de Strassen figure de manière préoccupante dans plusieurs parties du plan. Plus de 3.500 habitants sont directement affectés par le bruit routier provenant de la route d'Arlon, tandis que la fiche Hotspot STRA_REG_023 en recense plus de 5.600. Ces chiffres ne reflètent cependant pas l'ampleur réelle du problème, dans la mesure où le bruit émis par l'autoroute A6 est largement sous-estimé, surtout au-delà de l'échangeur.

Le conseil déplore que, malgré les constats répétés, aucune des mesures de protection annoncées dans les cycles précédents n'ait été mise en œuvre. Le document actuel se limite à une réorganisation méthodologique, sans innovation ni engagement concret. Par ailleurs, les données utilisées datent encore de 2021, alors que le trafic s'est nettement intensifié depuis, phénomène non pris en compte dans l'analyse présentée.

Le plan base ses calculs sur des moyennes journalières, exprimées en indice L_{den} , qui ne permettent pas de mesurer avec précision les pics sonores particulièrement pénibles pour les riverains. De plus, la commune de Strassen reste absente des cartes relatives au bruit aérien, malgré des survols réguliers de jour comme de nuit.

Le conseil s'interroge sur l'efficacité réelle de la mesure 6.2.7 qui prévoit la création d'une nouvelle voie reliant la N6 à l'échangeur de Strassen-Nord. Il craint qu'une telle infrastructure, en particulier un nouveau pont, n'entraîne davantage de nuisances sonores au lieu d'en résoudre.

Il regrette que toutes les actions envisagées pour Strassen soient reléguées à un horizon de moyen terme, alors même que la situation devient de plus en plus insupportable pour les habitants concernés.

En conclusion, le conseil réitère son appel pressant aux autorités nationales pour qu'elles adoptent rapidement des mesures concrètes et ciblées. Il demande une révision complète de la gestion du bruit le long des axes majeurs, avec l'aménagement urgent de voies de délestage pour la route d'Arlon, la pose de murs anti-bruit, la réduction permanente de la vitesse sur l'autoroute A6 à 90 km/h dans la traversée de Strassen, la mise en priorité de la ligne de tram sur la route d'Arlon jusqu'à l'école européenne de Mamer, et enfin l'étude sérieuse d'une couverture partielle de l'A6.

L'avis est unanimement approuvé.

13. Modification ponctuelle du règlement portant sur les cautions locatives.

Le conseil communal se penche sur une proposition du collège échevinal visant à ajuster le règlement communal relatif aux cautions locatives, tel qu'il a été adopté en séance du 16 novembre 2022 et modifié le 28 mars 2024. Cette adaptation ne concerne qu'un seul poste matériel, à savoir la caution exigée pour la mise à disposition d'une bouche d'eau de chantier.

Jusqu'ici, la caution pour ce type d'équipement s'élève à 1.200 euros par pièce. Le collège propose désormais de la relever à 3.500 euros par pièce.

La modification est unanimement approuvée.

14. Urbanisme :

a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption

Le conseil communal décide, de renoncer à l'exercice du droit de préemption dont dispose la commune en vertu de la loi modifiée du 22.10.2008 relative à la promotion de l'habitat et à la création d'un pacte logement avec les communes, dans le cadre de la vente de cinq parcelles d'une contenance totale de 15,66 ares, inscrites au cadastre de la commune de Strassen,

section A sous les n° 123/4403, 123/4405, 123/4407, 123/4359 et 123/4363.

Le conseil approuve ce point à l'unanimité.

b) Décision d'annulation d'une délibération prise en la séance du 25.09.2025

Le conseil est saisi d'une demande de lotissement introduite par la société FONCIERE SCHULER. Celle-ci concerne deux parcelles situées à Strassen, section A, avec pour objectif de les réunir en un seul lot. L'approbation tient compte de la législation en vigueur et du maintien du PAP « Bourmicht » validé en 2002, dont les effets juridiques restent valides dans le PAG actuel, bien qu'il n'ait jamais été transposé dans le cadastre.

Le conseil, après vérification de la conformité au cadre légal, donne son accord à l'unanimité.

c) Approbation de la convention et du projet d'exécution du PAP « Arlon - Kiem »

Le conseil examine la convention d'exécution du PAP « Arlon - Kiem » établie entre la commune et les sociétés IBE et LES RESIDENCES S.A., propriétaires des terrains concernés. Le projet vise la création d'un nouveau quartier mixte comprenant trois immeubles à usage mixte, deux maisons plurifamiliales, neuf maisons unifamiliales, ainsi que des infrastructures publiques (voiries, parkings, espaces verts, zones de rétention).

Le périmètre totalise 1,23 hectare, et la convention fixe les modalités d'exécution des travaux, leur financement, les cessions foncières au domaine public, ainsi que les engagements relatifs à la création de logements abordables. Le projet intègre aussi une mutualisation d'infrastructures avec le PAP voisin « 143, rue du Kiem ».

Le conseil accepte la convention unanimement.

d) Approbation du PAP « 38, route d'Arlon »

Le projet d'aménagement pour un terrain de 10,30 ares situé au 38, route d'Arlon, prévoit la construction d'un immeuble collectif de six logements. Le terrain, en zone

mixte urbaine, est partiellement concerné par un PAP « nouveau quartier », une zone de bruit et un couloir de projets routiers. Une part du terrain (près de 26 %) est cédée à la commune pour aménagement public.

L'administration souligne que le projet respecte le PAG en vigueur, mais reprend également les observations de la cellule d'évaluation. Celles-ci insistent notamment sur la nécessité d'un projet d'ensemble pour la zone « Arlon-Schafsstrachen partie 2 », afin d'éviter une planification parcellaire incohérente. Des remarques techniques concernent aussi la réduction des surfaces scellées, la végétalisation, la précision des servitudes et les représentations graphiques.

Le projet a été ajusté conformément aux recommandations, notamment par la réduction du sous-sol pour permettre des plantations, la suppression de certaines figures dans le rapport justificatif et l'intégration des prescriptions dans la partie écrite du PAP.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) prend la parole pour souligner, une nouvelle fois, la complexité de développement cohérent dans ce secteur. Elle insiste sur la nécessité pour la commune de revoir le coefficient de scellement du sol dans le PAG, qu'elle juge encore trop élevé. Elle regrette que certains projets présentent un nombre très réduit de surfaces perméables. Elle revient également sur l'esthétique peu durable de certains aménagements extérieurs, notamment les jardins minéralisés, contraires à l'esprit du règlement communal. Son intervention est accueillie avec compréhension, et l'idée d'une révision plus large du PAG à ce sujet est évoquée.

Le conseil approuve ce point à l'unanimité.

15. Divers.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) invite les membres du conseil à transmettre, avant la prochaine séance, leurs éventuelles propositions concernant les allocations de dons à des œuvres caritatives. Ces propositions seront inscrites à l'ordre du jour de la prochaine réunion du conseil.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) revient sur la commémoration du dimanche précédent. Il félicite

le bourgmestre pour son discours qu'il juge juste et marquant, mais regrette l'état de la plaque du Monument aux Morts, dont les lettres perdent leur couleur. Il souhaite que cela soit restauré pour l'année prochaine.

Il aborde aussi l'aspect peu digne de la morgue provisoire installée sur un parking, qu'il trouve tristement exposée. Il suggère un habillage ou bardage visuel pour en améliorer la discrétion et le respect.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi gréng) s'informe sur la situation des places à la Maison relais, face à une pénurie connue ailleurs. L'échevine Anne Arend (CSV) confirme qu'à Strassen, toutes les familles répondant aux critères de priorité (parents seuls ou couples travaillant à temps plein) ont obtenu une place. Seuls deux dossiers sont actuellement en attente, mais ceux-ci ne respectaient pas les délais ou n'étaient pas complets.

Anne-Marie Linden signale ensuite un point dangereux dans la Rue des Romains, où la zone 30 n'est pas respectée et où les piétons peinent à traverser en toute sécurité. Elle propose d'ajouter une signalisation pour inciter les conducteurs à ralentir et rappelle que « les piétons ont aussi le droit de traverser ».

Le conseiller Laurent Braun (CSV) appuie cette remarque. Il évoque l'idée d'une signalisation plus visible.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) enchaîne avec plusieurs remarques. D'abord sur la cérémonie du Souvenir, où il plaide pour fermer temporairement la rue menant à l'église durant l'événement pour garantir la sécurité et le recueillement. Il propose même d'envisager une piétonnisation permanente de cette petite rue, sous réserve de faisabilité technique.

Il revient ensuite sur une projection de film organisée récemment à la commune. Selon lui, la communication autour de l'événement était confuse : absence de mention du prix d'entrée, durée du film incorrecte, et absence d'information sur les organisateurs. Il s'interroge sur les processus internes de validation de telles activités et sur le rôle de la commission culturelle dans ces décisions.

Il évoque aussi l'usage de l'intelligence artificielle dans les dossiers de recrutement de la commune, et demande si une charte ou un cadre de régulation est en préparation, notamment pour assurer la formation du personnel et la transparence de ces pratiques.

Il relance également la question de la gestion de crise, notamment face aux risques de cyberattaques ou de coupures d'eau ou d'électricité. Il cite la plateforme nationale [letzprepare.lu](https://www.letzprepare.lu) comme outil d'appui aux communes. Il recommande que Strassen développe ses propres procédures et suggère la création d'un groupe de travail spécifique.

À ce sujet, le conseiller Marc Fischer (DP) évoque la directive européenne NIS2 qui imposera bientôt aux communes une notification obligatoire en cas de cyberincident. Il souligne la difficulté de trouver des experts informatiques polyvalents pour les petites communes, mais appelle à renforcer les compétences internes.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) alerte ensuite sur la dangerosité de la Rue de Reckenthal où les voitures roulent trop vite et où les passages piétons sont mal éclairés, rendant les traversées périlleuses, notamment le matin ou en soirée. L'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) répond qu'une demande a été faite pour abaisser la limitation de vitesse, mais que les Ponts & Chaussées ne proposent pour l'instant qu'un passage de 90 à 70 km/h. La commune continue à plaider pour plus de sécurité et demande également des contrôles policiers.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) signale ensuite des pannes récurrentes d'éclairage public dans la rue Henri Dunant et aux abords du parc Riedgen. Le problème semble récurrent, notamment pour certains lampadaires qui s'éteignent régulièrement. Le conseiller Paul Klensch (LSAP) confirme ce constat. Ils demandent une analyse technique approfondie.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) sollicite également un état des lieux sur l'avancement du projet CIGL, souhaitant être informée des prochaines étapes, notamment à l'occasion du budget.

Concernant l'étude sur la mobilité Luxembourg-Ouest (lancée fin 2023), elle demande si des résultats

intermédiaires sont déjà disponibles. La réponse est négative : aucun retour concret n'a encore été communiqué.

Elle termine en relayant l'intérêt de la fondation « Hëllef fir Kriibskrank Kanner » pour participer au marché de Noël de Strassen. Elle demande que la commune pense à les inviter à l'avenir, étant donné leur présence sur le territoire.

Enfin, le conseiller Andrew Butler (CSV) suggère d'organiser une séance d'information publique sur la cybersécurité, à destination des citoyens. L'idée serait de les sensibiliser aux risques liés au numérique dans la vie quotidienne, par exemple pour les opérations bancaires. Il imagine cela comme un événement local soutenu par les services techniques (SIGI) et la commune.

Fin de séance à 17h20.

Meeting of the Municipal Council of 23 October 2025

AGENDA

1. **Approval of the minutes of the meeting of 25 September 2025.**
2. **Approval of the 2026 Forest Management Plan.**
3. **Approval of the estimate for the renewal of the infrastructures on Rue Bel-Air.**
4. **Approval of the estimate for infrastructures on Chaussée Blanche (northern section).**
5. **Approval of 2024 revenue.**
6. **Allocation of an extraordinary grant for a local association.**
7. **Confirmation of temporary traffic regulations.**
8. **Property and business tax rates for 2026.**
9. **Approval of a FLEX agreement with CFL Mobility SA.**
10. **Confirmation of a sublease authorisation to the “Les Thermes” intermunicipal association.**
11. **Appointments and resignations from local consultative committees.**
12. **Formulation of an opinion on draft noise abatement action plans.**
13. **Specific amendment to the regulations on rental deposits.**
14. **Urban planning:**
 - a) **Decision to exercise a right of pre-emption**
 - b) **Decision to cancel a decision taken at the meeting of 25 September 2025**
 - c) **Approval of the “Arlon - Kiem” Special Development Plan (PAP) agreement and implementation plan**
 - d) **Approval of the “38, Route d’Arlon” Special Development Plan (PAP)**
15. **Any other business.**

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Jean Claude Roob (LSAP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

EXCUSED

Daniel Thein (DP), member of the Municipal Council.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the meeting of the Municipal Council and welcomed all the councillors present. He informed that Councillor Daniel Thein (DP) was excused and had given his proxy to his colleague Martine Dieschburg-Nickels (DP).

1. Approval of the minutes of the meeting of 25 September 2025.

The first item on the agenda was the approval of the minutes of the meeting of 25 September 2025.

Councillor Lise Jørgensen (DP) briefly took the floor to make a comment.

The minutes were then approved unanimously.

2. Adoption of the 2026 Forest Management Plan.

The second item on the agenda was the approval of the Forest Management Plan for 2026. Like every year, this essential document defined the guidelines for the management of the municipal woods in terms of environmental conservation, sustainable exploitation and education.

Mayor Nico Pundel (CSV) gave a brief introduction, emphasising the importance of the forest to Strassen's identity and territorial equilibrium before handing over to Mr Serge Bisenius, the municipal Forestry Officer.

Mr Bisenius gave a detailed presentation of the various aspects of the 2026 Plan. He began by outlining the Municipality's priorities, i.e. continued sustainable management, combating invasive species (especially giant hogweed, Japanese knotweed and black locust), ensuring safety in popular areas, maintaining paths and promoting biodiversity through targeted measures.

He emphasised the essential role of extensive sheep grazing carried out in partnership with SICONA in the

“Gaaschtgrund” area, as it was an ecological method to maintain dry grasslands. A fixed fence was planned to secure the area, because over recent years, the sheep had occasionally escaped.

He also spoke about the ongoing efforts to combat fly-tipping, which was becoming less frequent but remained problematic nonetheless. The ecological management of forest paths was considered particularly important. Sometimes, they were maintained by using horses to meet the requirements of the Nature Pact.

The Management Plan also provided for the upkeep of forest edges, which were crucial areas for biodiversity, the conservation of tree biotopes, the development of ageing hotspots and the securing of dangerous trees along public or busy roads.

Timber harvesting was carried out in a sustainable manner, taking particular care not to exceed the natural regeneration rate, which was being reduced because of increasing water stress. The wood harvested was used primarily for local needs such as heating, community facilities or educational projects.

Another major issue discussed was the worrying state of health of Luxembourg's forests as a consequence of climate change. Mr Bisenius pointed out that according to the latest figures, over 65% of trees nationwide were considered seriously affected or doomed.

In Strassen, the situation was better than the national average, but constant monitoring was still required, mainly for beech trees, which were particularly affected by water stress, and spruce trees, which were vulnerable to bark beetle attack.

The Plan therefore provided for the planting of a wider range of species that were more resistant to climate change, including beech trees of southern origins (tested in collaboration with public entities), as well as other deciduous species that were adapted to the new climatic conditions.

With regard to income and expenditure, the Plan listed approx. €85,000 in income, mainly from the sale of wood. Estimated expenditure stood at €317,000, including maintenance, staff, equipment, training and

educational project costs. Mr Bisenius stressed the importance of maintaining the rolling stock, as some vehicles were approaching 30 years of age, making their replacement urgent.

He also referred to the management of the forest cemetery, the manufacturing of local wooden furniture (e.g. benches, signs, bike racks), and the educational activities organised with children from the school and the Maison Relais, who regularly went to the forest.

The floor was then given to the members of the Municipal Council. They unanimously praised the work carried out by Mr Bisenius and his team.

Councillor Paul Klensch (LSAP) congratulated the Forestry Department on the quality of its work and stressed the importance of promoting these local achievements. He pointed out that the Municipality had already produced numerous wooden objects that were dotted across Strassen, including benches, bicycle racks, and educational equipment. He added that it would be a good idea to systematically integrate such objects into all new projects, in particular future schools, the new football pitch and the future Youth Club. He believed the Forestry Department should be more involved in the development of these infrastructures to further raise the profile of local timber.

He also drew attention to access issues such as with the bicycle racks at the “Fräiheetsbam” chalet: they were often blocked during events organised by associations or political parties by tents, stands, or barbecues, for example. He suggested that the occupation of these spaces should be better coordinated or that some items be relocated to guarantee ease of use all year round.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) supported this view. She recalled a recent experience at a music event during which the bike racks could not be accessed. She suggested that new racks be set up near the car park, for instance, to prevent cars and bikes from getting in each other's way.

Forestry Officer Serge Bisenius replied that he shared this concern. He confirmed that the general

reorganisation of the space was under consideration in the context of the ongoing renovation works on the chalet. He lamented the fact that some items had been installed without prior consultation and he acknowledged that additional racks could be set up. However, he remained realistic about the reach of municipal control, saying that drivers would sometimes even move stones to park illegally in front of the racks.

Councillor Laurent Braun (CSV) also commented on the Forestry Department's presentation, which he had found very informative. He was struck by the worrying number of diseased trees, reaching over 80% according to some statistics, and asked if there was any hope of regeneration for the trees already affected, or if they would have to be replaced in large numbers.

Mr Bisenius responded with an example from past experience: after massive deforestation two centuries ago, Luxembourg's forests had been largely replanted in a uniform manner, with supply to the wood-burning blast furnaces in mind. The result was that the trees currently in the forest were too old to withstand climate change.

Their roots were not drought-resistant and they would not survive. He insisted on the need to actively rejuvenate stands with younger, more flexible trees that were better adapted to the climate, namely via natural regeneration. He announced that next year he would include an overview of the trees' ages in his presentation to illustrate this widespread ageing.

Following these discussions, Mayor Nico Pundel (CSV) once again emphasised the importance of this issue: the municipal forest covered a third of Strassen's territory. In view of the forest's importance in terms of ecology, education and heritage, he felt the budget was quite modest.

The Forest Management Plan for 2026 was adopted unanimously.

3. Approval of the estimate for the renewal of the infrastructures on Rue Bel-Air.

The Municipal Council was considering a redevelopment project for Rue Bel-Air, a small residential road located

near Chaussée Blanche. Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the sewerage route was configured a while back and was not ideal. The sewer network was not linear; instead, it split then converged in the fields towards Route d'Arlon.

This complex layout, combined with property development projects on the land in question, meant that the network needed to be reconfigured. The project therefore involved redirecting the pipes to Chaussée Blanche, which would also entail the complete reconstruction of Rue Bel-Air, with the separation of wastewater and rainwater, the replacement of the drinking water pipe, and all associated roadworks.

The estimated cost was €1,275,000.

In view of the fact that the redevelopment work was partly driven by private developments on neighbouring land, Councillor Nicolas Kandel (DP) asked whether the developers should contribute to the cost.

Mayor Nico Pundel (CSV) acknowledged that in principle, that would make sense. However, in practice, the Municipality did not want to set a precedent, mainly in order to maintain the possibility of negotiating easements on private land. He also pointed out that in similar cases, the Municipality had borne comparable costs.

In addition, the state of Rue Bel-Air was such that it needed to be renovated in any case. This project therefore represented an opportunity to make the most of the fact that urgent modifications needed to be made anyway.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then made a more general comment concerning both this project and the next item. She felt somewhat uneasy at having to vote on such large sums of money without having a clear view of the technical details, i.e. the size of the installations, the materials used, etc. She wondered to what extent the cost estimates were based on in-depth project analyses and estimate verifications, particularly with regard to their accuracy and appropriateness in view of the real needs.

Mayor Nico Pundel (CSV) replied that these projects

were never approved blindly. Engineering firms and the municipal Technical Department prepared them jointly. Estimates were based on recent prices and updated according to the applicable geographical areas (urban or rural) and the type of work (i.e. linear metres, volume, etc.). He stressed that the Municipality was careful not to over- or under-estimate the amounts involved, to avoid costly riders or budget extensions at a later date.

He also referred to technological developments in the field of site monitoring, e.g. the use of drones and precision measurement tools that allowed the exact verification of the executed work. He concluded by pointing out that the market still fluctuated and that some companies were now offering lower prices than those initially forecast, as had been seen in other recent projects.

The members of the Municipal Council unanimously approved the quote for the complete redevelopment of Rue Bel-Air.

4. Approval of the estimate for infrastructures on Chaussée Blanche (northern section).

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced the item by pointing out that this project concerned a main artery of the Municipality, not a secondary road. The project was aimed at the northern part of Chaussée Blanche, between the last house on the right going up and the location known as “Kandelshaff”.

This section of road had been identified as suitable for building in the General Development Plan (PAG) but did not yet have the necessary networks. However, the Mayor continued, there were already building projects there, and it was the Municipality’s responsibility to provide the installations for all the infrastructures: separate sewer networks for wastewater and rainwater, drinking water pipes, and trenches for Creos and Eltrona.

He went on to admit that this work would have an impact on traffic, as this part of Chaussée Blanche was one of the busiest roads in Strassen. Two scenarios were currently being considered to manage traffic during the works: either alternating traffic lights to keep one lane in service, or a one-way system combining Chaussée

Blanche and Rue du Bois. No final decision had yet been taken at this stage.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) took the floor to raise a road signage issue. She wanted to know if the location of the sign indicating the entrance to Strassen would also be moved to include the new homes in the 50 kph zone once they had been built on the aforementioned stretch.

Mayor Nico Pundel (CSV) confirmed that in accordance with the regulations, signs indicating the entrance to built-up areas had to be placed where they began. As a result, once the houses had been built, the 50 kph zone would be extended from the roundabout at the top of the hill to the currently built-up area, thus improving safety on that stretch of road.

He also pointed out that speed bumps had already been included in the road layout to force drivers to slow down.

The members of the Municipal Council unanimously approved the infrastructure works on Chaussée Blanche (northern section).

5. Approval of 2024 revenue.

Mayor Nico Pundel (CSV) gave a brief introduction to this item on the budget before handing over to Alderwoman Anne Arend (CSV). She reminded those present that this item was dealt with every year: the Municipal Council had to approve the revenue, i.e. the amounts actually collected by the Municipality in 2024, from both the ordinary and extraordinary budgets.

She pointed out that the point was not to have a debate on future or potential revenue: the amounts shown corresponded strictly to received income. As a result, no changes could be made at this stage. In 2024, the Municipality had collected €63,584,049 in the ordinary budget and €49,359 in the extraordinary budget, resulting in a total of €63,633,409.

As expected, the main sources of revenue continued to be the grant from the State (approx. €43 million), followed by business tax (€8.5 million). There was also

€1.5 million in bank interest, a higher amount than in previous years, which could be explained both by the rise in interest rates and the more active management of the Council's liquidity by means of 30-day notice bank accounts. Lastly, the rebilling of some maintenance costs for the operation of the Maison Relais also accounted for €1.5 million.

A more circumstantial explanation was also provided: although the new tenant of Vito's, the municipal pub, had been in business since November 2023, it was only in January 2024 that the first month's rent was paid. Consequently, it would only be included in the 2025 revenue.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) thanked Alderwoman Anne Arend (CSV) for the explanations provided and raised several points. Firstly, she was surprised that some of the planned subsidies had not been received, namely those for the acquisition of wooded land and the restoration of the car park.

Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed that the procedure was still underway for these projects. The same applied to the €4.1 million subsidy earmarked for the "Rackebierg" Special Development Plan (PAP) for the development of social housing, which was not included in the 2024 revenue either.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then highlighted the increase to contributions from other municipalities for sending their residents' children to school in Strassen. She wondered how much it amounted to.

Municipal Secretary Christian Muller replied that the amount was set at the national level, replacing the previous system based on a municipal tax of €600 per child.

Alderwoman Anne Arend (CSV) added that the Municipality's criteria to accept non-resident schoolchildren were very strict: either one of the children's parents had to live in Strassen, or they had to be completing a cycle that had already begun. In very rare cases, exceptions could be made given they were in the children's interest.

However, she insisted that opening the floodgates to children from outside the Municipality was out of the question, because it would be detrimental to a proper management.

The members of the Municipal Council unanimously approved the revenue for 2024.

6. Allocation of an extraordinary grant for a local association.

The Municipal Council discussed the request for an extraordinary grant submitted by the StauDivers association, a local diving club. Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that the club had acquired a "Booster Nitrox" machine, a relatively expensive device that improved breathing safety when diving with an oxygen-enriched gas mixture.

The club provided proof of payment dated July for the sum of €4,094.20. Although this purchase had been made prior to the formal submission of the application, Alderwoman Anne Arend (CSV) did not want to reject it on those grounds, believing that there would not be much point in nitpicking over details in this case.

Nevertheless, she had reminded the club of its obligation to provide three quotes for comparison, as required by the municipal subsidy regulations. The quotes the club provided at a later stage were not for the same model, but it was still clear that it had opted for the most economical option.

Based on these facts, the usual rate of one-third reimbursement provided for in the regulations was applied and the College of the Mayor and the Alderwomen proposed to grant €1,364.73 to the StauDivers.

As a diver himself, Councillor Paul Klensch (LSAP) asked a technical question about the use of "Nitrox". He pointed out that the mixture required specific certification in addition to the basic diving certificate. He asked how many club members currently had that qualification. Alderwoman Anne Arend (CSV) admitted that she did not know and suggested this question be addressed to the club's president after the meeting.

Councillor Marc Fischer (DP) then intervened to stress a point of principle. He believed it was important for the rules to be clear, known and applied equally to all. He warned against the risk of arbitrary decisions leading to the approval of some applications despite incomplete files, while others were refused.

He called for better communication with the associations to ensure they were informed of the criteria and documents required. He also took the opportunity to point out that it would be useful if the Finance Committee – which in his view was still not very active – undertook an in-depth review of support mechanisms for local associations.

Alderwoman Anne Arend (CSV) replied that the Municipality already provided significant structural support to local associations, particularly those using the municipal sports facilities and to whom a large proportion of the equipment was supplied by the Municipality itself (e.g. gym mats and various pieces of equipment). However, she recognised the need for regular reminders of the rules and stressed that she was always in touch with the associations, ready to answer their questions and guide them through the process.

Mayor Nico Pundel (CSV) concluded by confirming that the quotes submitted showed that the option chosen was the cheapest, which supported the proposed decision.

The members of the Municipal Council unanimously approved the grant to the StauDivers.

7. Confirmation of temporary traffic regulations.

The Council was asked to vote on a series of temporary traffic regulations introduced in former weeks to deal with construction sites, events or local safety measures, amongst others. These decisions had already been taken by the College of the Mayor and Alderwomen but required the Municipal Council's official confirmation.

The members of the Municipal Council unanimously approved the regulations.

8. Property and business tax rates for 2026.

Alderwoman Anne Arend (CSV) briefly introduced this item by stating that no changes were planned for the rates for 2026. The Municipal Council was therefore proposing to maintain the property and business tax rates in force.

With regard to property tax, she emphasised that the municipal authorities remained heavily dependent on the national regulations, and that as no new directives or reforms had been announced to date, it would be pointless to make any adjustments.

Mayor Nico Pundel (CSV) rounded off the discussion by pointing out that the Municipal Council was aware of the revenue generated by these taxes: they were clearly reflected in the revenue statements discussed earlier in the meeting. The revenues were stable and predictable and no revision of the rates was warranted for the time being.

The members of the Municipal Council unanimously adopted the proposal to maintain the rates already in force for 2026.

9. Approval of a FLEX agreement with CFL Mobility SA.

Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) introduced this item by explaining that the Municipal Council had been asked to approve two contracts for the provision of the FLEX service offered by CFL Mobility SA.

The first document submitted for approval was an amendment to the initial framework contract, signed in 2021. At that time, two electric vehicles (a BMW and a Mini) were made available in front of the Town Hall for €845 per vehicle.

In 2023, three additional vehicles (one in Rue du Kiem, two in Cité Pescher) were added to the fleet, as well as a van parked near the Town Hall. Prices were temporarily reduced to €700 each for the cars and €1,100 for the van.

At the time of the meeting, prices were back up by around 11.5%, except for the van, for which the cost had only risen slightly (€20). In return, the Municipality

received a partial reimbursement based on the number of people using the vehicles (and not on the number of kilometres driven). For the first half of the year, the Municipality had received almost €12,000.

Usage figures were encouraging: 325 reservations had been made for the vehicles parked in front of the Town Hall, 80 for those in Rue du Kiem and 268 for those in Rue Mathias Sauer.

A new contract had also been proposed for a sixth vehicle in Rue des Ardennes. It would be made available free of charge for six months to test demand in the area. If it was successful, a standard agreement would be signed.

Mayor Nico Pundel (CSV) pointed out that 52,000 kilometres were covered by FLEX vehicles in Strassen in 2024, including 31,000 km for the three vehicles located in front of the Town Hall. He was delighted with the success of this service in Strassen, which could in part be explained by the fact the Municipality's population was young and international, and therefore more familiar with shared mobility models.

He added that the feedback received from CFL Mobility was very positive. There were very few accidents or damage to their vehicles rented in Strassen, unlike in other parts of the country.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) raised an accounting issue: she was surprised that CFL reimbursements did not appear as ordinary income but were directly deducted from rental-related expenses.

Mayor Nico Pundel (CSV) confirmed this practice. The amounts were offset directly by credit notes and therefore reduced the overall bill without appearing as separate revenue. It may not be particularly intuitive, but it was the CFL Mobility's accounting system.

The members of the Municipal Council unanimously adopted the new agreement and its amendment.

10. Confirmation of a sublease authorisation to the "Les Thermes" intermunicipal association.

The Municipal Council unanimously approved a sublease

authorisation for the "Les Thermes" intermunicipal association, enabling it to work with SUDenergie to install photovoltaic panels on the upper car park of the pool complex.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that the "Les Thermes" intermunicipal association had participated in a national call for projects to develop new areas for solar production. The installation of panels for around 400 kWp on the roof of the upper car park was projected.

The car park would also be renovated, but the purpose of the authorisation at hand was solely to make the land owned by the Municipality of Strassen available.

At this stage, therefore, it was only a formal authorisation required by the intermunicipal association to submit its application for the call for projects. The application was submitted on 17 October. The outcome depended on whether the project was approved by the government and on the final conditions.

Councillor Laurent Braun (CSV) asked whether the project would receive governmental support. The Mayor confirmed this was the case, pointing out that the Municipality was not directly involved in the supply contract, which would be the responsibility of the "Les Thermes" intermunicipal association and SUDenergie. He also pointed out that a fixed price was already included in the package if the project was approved.

Councillor Nicolas Kandel (DP) raised the question of the interest for the Municipality as the landowner. He specifically suggested linking a local facility such as the stadium to this local production.

Mayor Nico Pundel (CSV) pointed out that all the electricity produced would be used to feed the pool complex which consumed a great deal of power. In theory, an "energy community" may be considered if there were an excess, but that was not the case. He also said that the Municipality was a member of the association and therefore would indirectly benefit from any future savings.

Councillor Paul Klensch (LSAP) added that if the swimming pool complex reduced its electricity bill

thanks to solar energy, it would result in a reduction of the association's annual deficit – which was covered by the member municipalities, including Strassen. He suggested that these savings could ultimately benefit users, for example by limiting tariff increases.

Mayor Nico Pundel (CSV) agreed with this analysis but emphasised that the potential savings were modest in relation to the overall costs. It would be counterproductive to complicate the project with demands for symbolic rents, especially given the issues the association had to deal with in other areas, such as the stadium project.

Councillor Marc Fischer (DP) asked about the figures: an estimated annual production of around 400,000 kWh would represent nearly €100,000 worth of electricity per year at the average rate. He concluded that the production would either reduce costs for users or partially cover the €3 million annual deficit.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked for a clarification: if the project was approved, would all the electricity generated be consumed directly by “Les Thermes”? Mayor Nico Pundel (CSV) confirmed this would be the case.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP9) then asked whether this project could also be promoted under the Climate Pact. Mayor Nico Pundel (CSV) and Alderwoman Anne Arend (CSV) agreed that this could be considered, provided that the installation met the criteria for municipal accounting, particularly if it was located on municipal land and assets.

The resolution was adopted unanimously.

11. Appointments and resignations from local consultative committees.

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced the item by stating that an official letter had been received concerning a proposed replacement on the Traffic Committee.

Following a proposal from déi gréng, Nicolas Bouillon was replaced by Joana Domingues de Matos as a member of the Traffic Committee.

In the nominations procedure, Martine Fisch (DP) was put forward to become a member of the Energy Committee.

In accordance with the rules, the vote was held by secret ballot and the nominations were adopted unanimously.

12. Formulation of an opinion on draft noise abatement action plans.

The Municipal Council examined the final version of the draft noise abatement action plans submitted for its opinion. Mayor Nico Pundel (CSV) pointed out that the documents submitted contained no changes compared to the preliminary stage, which had been submitted to the Municipal Council for consultation at its meeting on 3 April 2025.

In this context, the College of the Mayor and Alderwomen proposed to maintain the same position as in April. As a result, the favourable opinion related to the general principle of establishing strategic noise mapping both as an inventory and diagnostic tool, which would be useful for targeting areas in urgent need of noise abatement measures.

However, the Municipal Council felt somewhat concerned about some aspects of the plan regarding the Municipality of Strassen. Over 3,500 residents were listed as being directly affected by noise emanating from Route d'Arlon, but the STRA_REG_023 Hotspot file mentioned more than 5,600. In addition, these figures did not reflect the true scale of the problem, as noise from the A6 was largely underestimated, especially in the area beyond the interchange.

The Municipal Council deplored the fact that, despite repeated observations, none of the protection measures announced in previous cycles had been implemented. This document limited itself to a methodological reorganisation, without any innovation or concrete commitments. What's more, the data used dated back to 2021. Traffic had clearly intensified since then and this had not been taken into account in the analysis presented.

The calculations in the plan were based on daily averages expressed in Lden and failed to provide an accurate

measure of the noise peaks that were particularly distressing to residents. Moreover, the Municipality of Strassen was not included in the air noise maps, despite regular overflights by day and night.

The Municipal Council questioned the true effectiveness of measure 6.2.7, which provided for the creation of a new road linking the N6 to the Strassen-Nord interchange. The Mayor feared that instead of reducing noise pollution levels, such an infrastructure, in particular a new bridge, would do the exact opposite.

He lamented the fact that all the actions planned for Strassen had been relegated to the medium term, although the situation was becoming increasingly unbearable for the residents concerned.

In conclusion, the Municipal Council reiterated its urgent appeal to the national authorities to rapidly adopt concrete and targeted measures. It called for a complete overhaul of noise management measures along the major routes, with the urgent construction of alternative routes for Route d'Arlon, the erection of anti-noise walls, a permanent reduction in the speed limit on the A6 to 90 kph when crossing Strassen, priority given to the tram line on Route d'Arlon to the European School in Mamer, and finally, a serious study of a partial covering of the A6.

The opinion was unanimously approved.

13. Specific amendment to the regulations on rental deposits.

The Municipal Council was considering a proposal from the College of the Mayor and the Alderwomen to adjust the municipal bylaw on rental deposits as adopted at the meeting of 16 November 2022 and amended on 28 March 2024. This adjustment concerned only one material item, namely the deposit required for the provision of a construction site hydrant.

To date, the deposit for this type of equipment was €1,200 per unit, but the College was now proposing to raise it to €3,500 per unit.

The amendment was unanimously approved.

14. Urban planning.

a) Decision to exercise a right of pre-emption

In the context of a sale, the Municipal Council decided to waive the exercise of its right of pre-emption by virtue of the amended law of 22 October 2008 relating to the promotion of housing and the creation of a housing pact with the municipalities. The sale in question concerned five plots totalling 15.66 ares, registered in Strassen's municipal land register, under section A, nos. 123/4403, 123/4405, 123/4407, 123/4359 and 123/4363.

The members of the Municipal Council unanimously approved this decision.

b) Decision to cancel a decision taken at the meeting of 25 September 2025

A subdivision application by FONCIÈRE SCHULER was presented to the Municipal Council. It concerned two plots of land located in Strassen, section A, and aimed to combine them into a single plot. The approval took into account current legislation and the maintenance of the "Bourmicht" Special Development Plan (PAP) validated in 2002, which still applied to the current General Development Plan (PAG) even though it had never been transposed into the land register.

After checking that the legal framework had been complied with, the members of the Municipal Council unanimously confirmed its approval.

c) Approval of the "Arlon - Kiem" Special Development Plan agreement and implementation plan

The Municipal Council examined the "Arlon - Kiem" Special Development Plan (PAP) implementation agreement drawn up between the Municipality and IBE and LES RESIDENCES S.A., the owners of the land concerned. The project aimed to create a new mixed-use neighbourhood comprising three mixed-use buildings, two multi-family homes, nine single-family homes and public infrastructures such as roads, car parks, green spaces, and retention zones.

The project covered a total area of 1.23 hectares. The agreement set out the terms and conditions for the works, financing, the transfer of land to the public domain, and commitments relating to affordable housing. The project also included shared infrastructures with the neighbouring “143, Rue du Kiem” Special Development Plan (PAP).

The members of the Municipal Council unanimously approved the agreement.

d) Approval of the “38, Route d’Arlon” Special Development Plan (PAP)

The development project for a 10.30-acre plot at no. 38, Route d’Arlon involved the construction of a six-unit apartment block. The land was in a mixed urban zone and was partially affected by a “New Neighbourhood” Special Development Plan (PAP), a noise zone and a road project corridor. A proportion of the land (nearly 26%) had been transferred to the Municipality for public development.

The project complied with the current General Development Plan (PAG) and the observations of the Assessment Unit were also taken up, which particularly stressed the need for a global “Arlon-Schafsstrachen Part 2” zone to prevent incoherent parcel-based planning. Technical comments also concerned the reduction of sealed surfaces, vegetation, the precision of easements and graphic representations.

The project had been modified to respect the recommendations, particularly in terms of a reduction of the subsoil to allow for planting, the deletion of certain figures from the justification report and the integration of the requirements into the written part of the Special Development Plan (PAP).

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) took the floor to emphasise once again the complexity of coherent development in this sector. She underscored the need for the Municipality to review the soil sealing coefficient in the General Development Plan (PAG), which she felt was still too high. She deplored the fact that some projects had very few permeable surfaces. She also commented on the unsustainable aesthetics of a few outdoor

developments, e.g. the mineralised gardens, which were not in line with the spirit of the municipal regulations. Her comments were received with understanding, and the idea of a broader revision of the General Development Plan (PAG) on this subject was raised.

The members of the Municipal Council unanimously approved this item.

15. Any other business.

Mayor Nico Pundel (CSV) invited the members of the Municipal Council to submit any proposals they may have about the allocation of donations to charities before the next meeting. These proposals would be placed on the agenda for the next Municipal Council meeting.

Councillor Nicolas Kandel (DP) spoke about the commemoration on the previous Sunday. He congratulated the Mayor on his speech, saying it was meaningful and to the point. However, he did not approve of the state the plaque on the “Monument aux Morts”: its lettering was losing colour. He wanted it to be restored the following year.

He also commented on the appearance of the temporary mortuary set up in a car park, which he found lacking in dignity and sadly exposed. He suggested that it be clad to make it more discreet and respectful.

Councillor Anne-Marie Linden (déi gréng) asked about the shortage of available places at the Maison Relais. Alderwoman Anne Arend (CSV) confirmed that in Strassen, all the families meeting the priority criteria (i.e. single parents or couples working full-time) had been allocated a place. Only two applications were currently pending, but these had not met the deadlines or were incomplete.

Councillor Anne-Marie Linden then pointed out a dangerous spot on Rue des Romains, where the 30 kph speed limit was not respected and pedestrians had difficulty crossing the road safely. She suggested adding signs to encourage drivers to slow down and reminded everyone that “pedestrians also had the right to cross the street”.

Councillor Laurent Braun (CSV) supported this suggestion. He raised the idea of more visible signage. Councillor Paul Klensch (LSAP) went on to make several comments. Firstly, he called for the street leading to the church to be temporarily closed during the Remembrance Ceremony event (“Cérémonie du Souvenir”) for both safety and respect. He even suggested that the small street be permanently pedestrianised, if possible.

He went on to talk about a film screening that had recently been organised in the Municipality. In his opinion, the communication regarding the event was unclear: there was no mention of the entrance fee, the film’s length was inadequate, and there was no information about the organisers. He questioned the internal processes for the approval of such activities and the role of the Culture Committee in these decisions.

He also mentioned the use of AI in the Municipality’s recruitment files. He asked whether a charter or regulatory framework was in preparation, mainly to ensure staff training and the transparency of such practices.

He also raised the issue of crisis management, particularly in the face of the risk of cyber-attacks or power or water cuts. He referred to the national platform, letzprepare.lu, as a support tool for municipal authorities. He recommended that Strassen develop its own procedures and suggested that a specific working group be set up.

On this subject, Councillor Marc Fischer (DP) mentioned the European NIS2 directive, which would soon demand that municipalities provide mandatory notifications in the event of a cyber incident. He stressed the difficulty of finding multi-skilled IT experts for small municipalities but called for the improvement of in-house skills.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then drew attention to speeding on Rue de Reckenthal and to

the fact that the pedestrian crossings were poorly lit. This made crossing the road dangerous, particularly in the mornings and evenings. Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi gréng) replied that a request had been made to lower the speed limit, but that so far the National Roads Administration had only proposed a reduction from 90 to 70 kph. The Municipality continued to call for improved safety and had requested traffic stops.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) then reported recurrent street lighting failures on Rue Henri Dunant and around Riedgen Park. The problem seemed to be recurrent, with some streetlights regularly going out. Councillor Paul Klensch (LSAP) confirmed this. They both asked for an in-depth technical assessment.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) also requested an update on the progress of the CIGL project and asked to be kept informed of the next steps, particularly at times of budget discussions.

Concerning the study on mobility in Luxembourg-West (launched at the end of 2023), she asked whether any interim results were available. No concrete feedback had yet been received.

She concluded by relaying the interest of the “Hëllef fir Kriibskrank Kanner” foundation in taking part in the Strassen Christmas market. She asked that the Municipality consider inviting them in the future, given their presence in the area.

Finally, Councillor Andrew Butler (CSV) suggested organising a public information session on cybersecurity for municipal residents. The idea would be to raise awareness of the risks associated with digital technology in everyday life, for example in banking transactions. He said this could be organised as a local event with the support of SIGI and the Municipality.

The meeting was closed at 5.20 p.m.



COMMUNE DE
Strassen

